Abendausgabe

Nr. 275 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 135

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Montag
13. Juni 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Rußlands Forderungen an Polen.

Der Wortlaut der neuen Sowjet-Note.

Moskau, 13. Juni. (WTB.) Die von Litwinow unterzeichnete Antwort der Sowjetregierung auf die Note der polnischen Regierung vom 9. Juni ist dem polnischen Gesandten Patek überreicht worden. Die Sowjetregierung nimmt darin mit Befriedigung Kenntnis von dem Ausdruck des Bedauerns der polnischen Regierung anläßlich der Ermordung Woikows und mit besonderer Befriedigung auch von der Mitteilung über die Entrüstung über den Mord und dessen kategorische Verurteilung sowohl durch die polnische Regierung als auch durch die öffentliche Meinung in Polen.

Weiter heißt es in der Note: Die Sowjetregierung nimmt die Erklärung der polnischen Regierung, daß sie bereit sei, der Gattin Woikows eine Entschädigung auszuwerfen, mit Befriedigung zur Kenntnis, erachtet jedoch eine tatsächliche Durchführung dieses Angebots für unmöglich, da sie es für eine Pflicht des Sowjetstaates selbst hält, die Familie ihres auf seinem Posten gefallenen Vertreters zu versorgen.

Die Sowjetregierung kann sich aber nicht einverstanden erklären mit der Einschätzung der Ermordung Woikows als eines individuellen Aktes eines Wahnsinnigen, die die polnische Regierung in ihrer jüngsten Note gibt, sondern

sie betrachtet diesen Mord als eine der Aeußerungen systematischen und planmäßigen Kampfes der dunklen Mächte der Weltreaktion und der Friedensgegner gegen die Sowjetunion.

Die in der Sowjetnote vom 7. Juni aufgezählten Ereignisse, insbesondere der planmäßig von der englischen Regierung vorbereitete Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion haben diese dunklen Mächte, vor allem die Tätigkeit der gegenrevolutionären und terroristischen Organisationen der russischen Emigranten, entfesselt, die auf internationale Spannung spekulieren und die größten Anstrengungen machen, um dem kriegerischen Imperialismus zu helfen, Verwicklungen zwischen der Sowjetunion und anderen Staaten heraufzubeschwören und die Völker in ein blutiges Gemetzel zu stürzen in der trügerischen Hoffnung, das frühere Regime wiederherzustellen. Die Ermordung Woikows hat deshalb eine ungleich größere Bedeutung als ein isolierter und individueller Akt und stellt an sich eine

Bedrohung der friedlichen normalen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Polen

dar, an deren Festigung und Ausbau, wie die Note der polnischen Regierung feststellt, Woikow arbeitete. Die Sowjetregierung begrüßt es, daß die polnische Regierung die Tatsache einer Besserung in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten anerkennt und erachtet ihrerseits die beiderseitigen Bestrebungen zur Festigung dieser Beziehungen als einen überaus wesentlichen Faktor des allgemeinen Friedens, insbesondere in der gespannten internationalen Lage der letzten Zeit, die trotz der stets bekundeten und wiederholt bewiesenen Friedensliebe der Sowjetunion entstanden ist.

Mit um so größerem Bedauern ist die Sowjetregierung gezwungen, festzustellen, daß die polnische Regierung bisher nicht gebührend beachtet hat, daß die Duldsamkeit, die polnische Autoritäten gegenüber den verschiedenartigen terroristischen in Polen gegen die Sowjetregierung arbeitenden Organisationen an den Tag legen, ein Hindernis für die günstige Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten darstellt. Die Sowjetregierung verfügt über reichhaltiges Material, das die Duldsamkeit, in manchen Fällen sogar die direkte Unterstützung illustriert, die polnische Autoritäten den Organisationen und Personen gegenüber bezeugten, die durch Organisierung des Terrors und von Banditenüberfällen auf Sowjetgebiet einen aktiven Kampf gegen die Sowjetregierung führen. In der nächsten Zeit wird einiges Material zu dieser Frage der polnischen Regierung vorgelegt werden.

Festgestellt ist, daß

der Mörder Woikows polnischer Staatsangehöriger und der Sohn eines bekannten Gegenrevolutionärs

ist und dem polnischen Staatsangehörigenverband nach seiner Ausreise aus der Sowjetunion beigetreten ist. Die Aufnahme derartiger Elemente in den polnischen Staatsangehörigenverband, die ihnen eine sowjetfeindliche Tätigkeit erleichtert, legt der polnischen Regierung weitere Verantwortung für diese Tätigkeit auf. Dieser Fall steht nicht vereinzelt da. Besonders auffallend ist der Fall des bekannten Gegenrevolutionärs Bulak Bukalowitsch, der in den polnischen Staatsangehörigenverband aufgenommen und mehrmals offiziell von höheren Vertretern der Behörden empfangen wurde, während Bulak Bukalowitsch entsprechend dem am 30. September 1921 von Vertretern der Sowjetregierung und der polnischen Regierung unterzeichneten Protokoll spätestens am 30. Oktober desselben Jahres aus Polen ausgewiesen werden sollte. Die Sowjetregierung kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß die polnische Regierung die Verantwortung für den Mord unter Berufung auf den Verzicht Woikows auf die ihm angebotene persönliche Schutzwache ablehnt. Eine derartige Schutzwache ist angesichts des Bestehens sowjetfeindlicher aktiver Organisationen und Personen in Polen eine ungenügende und unwirksame Maßnahme. Die betreffenden polnischen Autoritäten sollten ihre Aufmerksamkeit und Bemühungen auf die Einstellung der verbrecherischen Tätigkeit dieser Personen und Organisationen und deren unablässige Beobachtung lenken. Es war der polnischen Regierung längst bekannt, daß sowjetfeindliche Organisationen sich einen Anschlag auf das Leben des Sowjetvertreters zum Ziel gesetzt hatten. Dies hat der Direktor des polnischen Departements im Ministerium des Aeußern Lukasewicz am 2. November 1924 Woikow, einen Tag nach dessen Eintreffen in Warschau, mitgeteilt.

Doch auch damals hat die Sowjetregierung im Memorandum vom 3. November 1924, das in Warschau überreicht wurde, und in der Note vom 4. November 1924, die in Moskau dem polnischen Geschäftsträger überreicht wurde, betont, daß eine wirkliche Sicherheit der Sowjetvertreter und eine Sicherung der Möglichkeit der Arbeit in Warschau nur erzielt werden könne, wenn die polnische Regierung in Erfüllung des Artikels 5 des Vertrags von Riga den **weiteren Aufenthalt von Organisationen und Personen in Polen verbietet**, deren Tätigkeit gegen die Sowjetunion und ihre Vertreter gerichtet ist. Leider hat die polnische Regierung die nötigen Maßnahmen nicht ergriffen. Infolgedessen ist die Lage entstanden, die zur Ermordung Woikows führte.

Die Ermordung Woikows hat tiefe Entrüstung in der Sowjetunion erregt. Im Interesse des Friedens und der guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten muß verhindert werden, daß der Mord tiefe Spuren im Bewußtsein der Völker der Sowjetunion hinterläßt. Die Sowjetregierung hofft, daß die polnische Regierung, um ihr Streben nach der Festigung der friedlichen Beziehungen tatsächlich zu beweisen, ohne Aufschub der elementaren Forderungen der Sowjetunion, die durch den Sachverhalt hervorgerufen worden sind, erfüllen wird.

Sowjetsrußlands Forderungen.

Die Sowjetregierung erwartet:

1. daß die polnische Regierung alle nötigen Maßnahmen zur umfassenden Untersuchung der Angelegenheit, zur Feststellung des Schuldigen und zur Aufdeckung aller Fäden des Verbrechens sowie zur raschen und strengen Bestrafung der Schuldigen, insbesondere des direkten physischen Mörders, treffen wird;

2. daß die polnische Regierung, den Vorverhandlungen des provisorischen Sowjetgeschäftsträgers Uljanow mit dem Vertreter des polnischen Ministeriums des Aeußern entsprechend, einen Vertreter der Sowjetregierung zur Teilnahme am Untersuchungsverfahren in diesem Prozeß zulassen wird;

3. daß die polnische Regierung endlich und tatsächlich unverzügliche und energische Maßnahmen zur Liquidierung der auf polnischem Gebiet entfalteten Tätigkeit der terroristischen Banditenorganisation und Personen, die gegen die Sowjetbeamten und deren Vertreter gerichtet ist, ergreifen und Personen, die eine derartige Tätigkeit ausüben, aus Polen ausweisen wird.

Die Sowjetregierung sieht entsprechenden, ohne Zögern erfolgenden Mitteilungen der polnischen Regierung entgegen. Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß unter diesen Bedingungen die Folgen des tragischen Mordes tatsächlich nicht kraft einer formellen Erklärung, sondern lediglich durch wirkliche Maßnahmen seitens der polnischen Regierung gegenüber der terroristischen Organisationen der weißen Banditen überwunden werden können. Im Hinblick darauf ist die Sowjetregierung gezwungen, auf der Erfüllung der obengenannten elementaren Forderungen zu bestehen.

Scharfe polnische Pressestimmen gegen die russische Note.

Warschau, 13. Juni. (DE.) Die zweite Note der Sowjetregierung wurde hier verspätet von der Polnischen Telegraphenagentur veröffentlicht, so daß sie von der Warschauer Presse nur teilweise kommentiert wird. Die offiziöse „Epoka" überschreibt den Notentext mit „Unverschämte Forderungen"; der „Glos Prawdy", der dem Marschall Pilsudski sehr nahe steht, bezeichnet die russischen Forderungen als „unverschämte Prätensionen". Die polnische Regierung, sagt das Blatt, habe niemals russische Gegenrevolutionäre unterstützt, sondern seinerzeit auf Verlangen der Sowjetregierung sogar zahlreiche hervorragende Emigrantenführer ausgewiesen. „Hinsichtlich der Ermordung Woikows," so schließt der „Glos Prawdy" seinen Kommentar zur russischen Note, „kann nichts mehr getan werden, als bereits geschehen ist."

Der Prozeß gegen Kowerda beginnt am Mittwoch vor dem Standgericht. Die Ueberweisung des Gesandtenmörders vor das Standgericht ist deswegen erfolgt, weil die Regierung auf dem Standpunkt steht, daß ein Gesandtenmord analog zu behandeln sei wie die Ermordung eines Staatsbeamten im Amt. Die Verordnung über Standgerichte, die in der Wojewodschaft Warschau gilt, sieht in solchen Fällen die Zuständigkeit der Standgerichte vor.

Hodgson beschuldigt die Tscheka.

London, 13. Juni. (Reuter.) Der letzte britische Geschäftsträger in Moskau vor dem Abbruch der englisch-russischen Beziehungen, Sir Robert Hodgson, widerlegte in einem Interview in eingehender Weise die Behauptungen Moskaus über angebliche ungesetzliche Handlungen der Mitglieder der britischen Mission. Er erklärte, mehrere der genannten Personen seien ihm gänzlich unbekannt, und wies nachdrücklich die unbegründeten Anklagen gegen andere Leute zurück, die angeblich zugunsten der britischen Mission spioniert haben. Hodgson fügte hinzu, die Behauptung, der Vizekonsul White sei an einer Verschwörung beteiligt gewesen, die das Ziel gehabt hätte, den Kreml und das Große Theater in die Luft zu sprengen usw., sei grotesk und unsinnig. Er wies weiter darauf hin, daß die sogenannten Geständnisse von verhafteten Personen mit sehr großem Mißtrauen behandelt werden müßten, da die GPU. Geständnisse durch Drohungen herauszupressen pflege oder Freilassung verspreche, wenn diktierte Erklärungen unterzeichnet werden, während sie die abscheulichsten Zwangsmaßnahmen gebrauchen, um die Leute dazu zu bringen, als Agenten zu handeln. Einem Dienstmädchen der britischen Mission sei beispielsweise lebenslängliches Gefängnis angedroht worden, wenn es nicht Angaben über ihn, Hodgson, machen würde, und Tod, wenn es verriete, daß man so etwas von ihm verlangt habe.

Auftakt in Genf.

Die Note Jugoslawiens. — Nichts von Rußland-Polen. Und Locarno?

W. S. **Genf**, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

An der polnisch-russischen Grenze, an den Berührungsflächen des englischen und russischen Weltreiches und dem Balkan steigen Brandschwaden auf. Daß aber der Weltfrieden gefährdet sei, scheint nicht die Auffassung der Amtspersonen zu sein, die seit Sonnabend hier zusammenströmen. Ein halbes Dutzend Außenminister, dazu ein Ministerpräsident, der von Litauen, im Zuge; zwei Dutzend Diplomaten, zwei Dutzend Geheimräte und Attachees von zwanzig Auswärtigen Aemtern sind bis heute mit dem D-Zug oder dem Flugzeug zur 45. Sitzung des Völkerbundsrates hierhergefahren, zu einer Sitzung also des Exekutivkomitees der Internationale der Kulturstaaten — aber der Brandgeruch steigt nicht in ihre amtlichen Nasen.

Die Erhaltung des Weltfriedens ist zwar als die vornehmste Aufgabe des Völkerbundsrates bezeichnet, doch die Regierungen befassen ihn nicht mit dieser Aufgabe. Es steht auf der Ratstagesordnung kein Wort davon. Auch hat keine Macht einen der Konflikte der „Aufmerksamkeit des Rates unterbreitet". Und doch weilt der Vertreter Albaniens nur deshalb noch in Belgrad, weil er dem Faschistensöldling Achmed Zogul nicht mehr Ordre pariert, denn die diplomatischen Beziehungen sind ja abgebrochen. Beide Staaten legten dem Genfer Generalsekretär die Gründe für den Abbruch dar, aber selbst Südslawien hat, wie es scheint, den Wunsch, einer Völkerbundsberatung auszuweichen. Selbst am nächsten beteiligt, hat es in der am Sonntagabend veröffentlichten Note keinerlei Antrag auf Völkerbundsberatung gestellt. Die Großmächte „hoffen", daß der Konflikt durch Vermittlung beigelegt wird. Jetzt „hoffen" sie, daß er sich nicht verschärft. Denn einer der Beteiligten weigert sich, diesen Balkankonflikt international behandeln zu lassen. England, Frankreich und Japan halten sich an den Beschluß der Botschafterkonferenz vom 9. November 1921 gebunden, durch den sie erklärten, wenn die Unabhängigkeit Albaniens angetastet werde, künftig im Völkerbund dafür stimmen zu wollen, daß ihre Wiederherstellung Italien anvertraut werde! Der Faschismus, lachender Erbe dieses außenpolitischen imperialistischen Erfolges seiner Vorgänger, hat nachher seine Position in Albanien ausgebaut. Nun hat Chamberlain keine Lust, es mit Mussolini zu verderben, und angesichts seines Verhältnisses zum deutschen Bürgerblock empfindet Briand nicht das Bedürfnis, von Chamberlain abzurücken und die leicht getrübte Atmosphäre zwischen Frankreich und Italien noch weiter zu trüben. Die Behutsamkeit scheint auf allen Seiten gleich groß zu sein. Denn, obwohl Deutschland an geheime diplomatische Abmachungen nicht gebunden ist, hat doch seine Regierung auch darauf verzichtet, die Tiroler Deutschenverfolgungen amtlich gegenüber Mussolini zur Sprache zu bringen.

Auch der russisch-polnische Konflikt wird abgedämpft. Die Regierungen schalten absichtlich seine Erwähnung aus der Völkerbundsberatung aus. Zaleski, der gestern abend hier eintraf, ist der Meinung, daß er mit Litwinow allein fertig wird. Und in der Tat hat Frankreichs Rat zur Mäßigung in Moskau diplomatisch geholfen, wenn er auch nicht ausreichte, die zwanzig Geiselerschießungen zu verhindern, die hier in allen Kreisen einen außerordentlich ungünstigen Eindruck gemacht haben. Die deutsche Reichsregierung aber hält sich zu der Vermittlung unfähig. Sie sitzt auf der schmalen Latte zwischen den beiden Stühlen Rapallo und Locarno, zurzeit allerdings näher an dem westlichen Stuhl, und es nützt Tschitscherin nichts, wenn er auch noch die ganze Woche in Berlin bleibt und aufpaßt. England, das wegen seines Bruches für eine Vermittlung nicht in Betracht kommt, versichert hier, daß es gar nicht daran denke, eine Einheitsfront gegen den Bolschewismus anzustreben. Es ist eine Tücke des Alphabets, daß auf Deutschland England im Ratsvorsitz folgt, und Chamberlain von heute an dem Völkerbundsrat für ein spannungsreiches europäisches Vierteljahr präsidiert. In den Augen Moskaus hat der Völkerbund damit nur noch einmal seine antibolschewistische Tendenz enthüllt.

Wenn auch die Regierungen der Großmächte den Völkerbund auf diese Art sabotieren, wo sie es einigermaßen können: in den regelmäßig alle Vierteljahre wiederkehrenden Zusammenkünften der verantwortlichen Außenpolitiker von fast zwanzig Staaten liegt doch eine gewisse Hoffnung für den Frieden. Vor dem Weltkrieg pflegten sich an jede Konferenz von Staatsmännern kriegerische Hoffnungen und Befürchtungen zu knüpfen, denn es waren ja meist Konferenzen der einen Gruppe gegen die andere. Das neue Verfahren, das der Völkerbund eingeführt hat, zwingt sie, wenigstens für Europa in seiner Gesamtheit, unabhängig von Gruppierungen zur Aussprache. Gegen diesen moralischen Zwang dieser vierteljährlichen Aussprache über internationale Politik wendet sich daher auch die Reaktion. Auf Betreiben Englands soll die Zahl der Ratssitzungen von vier auf drei jährlich herabgesetzt werden. So will man nicht nur die Zuständigkeit des Völkerbundes, sondern auch die Gelegenheit, hinter seinen Kulissen Friedenspolitik zu treiben, vermindern.

Was die deutsch-französische Frage betrifft, so verlautet, daß Briand die Absicht habe, den Reichsaußenminister auf die angebliche Nichteinhaltung einer Reihe von

deutschen Verpflichtungen, betreffend die Reorganisation der Polizei und den Verkauf der ehemaligen Kasernen usw. aufmerksam zu machen, und die Erschwerung hervorzuheben, die diese Dinge für die weitere Entwicklung des deutsch-französischen Ausgleichs haben.

Charakteristisch für die ganze Stimmung ist es, daß der gestrige Sonntag, für den große Besprechungen zwischen den Außenministern Englands, Deutschland und Frankreichs angekündigt waren, vorübergegangen ist, ohne daß Chamberlain, Stresemann und Briand sich gesehen haben. Obschon der deutsche und der französische Außenminister bereits am Morgen hier eintrafen, haben sie es nicht für richtig gehalten, ihre Privatbesprechungen zu beginnen, ehe der englische Kollege, der erst im Laufe des Nachmittags angekommen war, auch dabei sein kann. So empfing Stesemann zu einem längeren Besuch nur den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras, der ihn wegen der Memeler Beschwerde aufsuchte. Im übrigen verbrachte die deutsche Delegation den Tag mit internen Besprechungen. Die Stunde, zu der sich Briand und Stresemann begegnen werden, ist bis jetzt noch nicht festgesetzt. Vermutlich werden sie sich während der Ratstagung, die heute um elf Uhr eröffnet wird, über Tag und Stunde einigen.

In französischen Kreisen scheint man unmittelbare praktische Ergebnisse von dieser Besprechung nicht zu erwarten. Die Versteifung auf dem Gebiet des deutsch-französischen Ausgleichs scheint in den letzten Wochen eher größer geworden zu sein. Briand hat zwar vom französischen Ministerrat keinerlei gebundenes Mandat erhalten, aber er ist wohl selber nicht unberührt geblieben von dem Widerstand der Reichsregierung gegen die Kontrolle der Festungsschleifungen im Osten. Bei dieser Sachlage sieht es gar nicht danach aus, daß die Frage der Rheinlandräumung hier in Genf angerührt wird. Es ist selbst fraglich, ob die Frage der Truppenverminderung, von der in der Presse doch vielfach die Rede war, — es war ja schon die Ziffer von 10 000 Mann Truppenverminderung genannt worden — im Laufe dieser Woche eine klare Lösung finden wird.

Der bayerische Finanzminister verunglückt.

Von der Straßenbahn überfahren.

München, 12. Juni. (WTB.) Sonntag vormittag gegen 10½ Uhr verunglückte der bayerische Staatsminister der Finanzen Dr. Krausneck beim Einsteigen in die Straßenbahn in der Arnulfstraße beim Starnberger Bahnhof in München tödlich. Er wurde mit schweren Verletzungen in die Chirurgische Klinik eingeliefert, wo er inzwischen verstorben ist. Wie uns mitgeteilt wird, erfolgte das Ableben des Ministers fünf Minuten nach der Einlieferung in die Klinik, wahrscheinlich infolge eines Bruches der Halswirbelsäule.

*

Dr. Krausneck war 52 Jahre alt. Im Jahre 1919 wurde er ins bayerische Finanzministerium berufen, am 16. Juni 1920 wurde er zum Finanzminister ernannt. Seitdem war er ohne Unterbrechung der Finanzminister Bayerns. Er war eine der stärksten Stützen des bayerischen Partikularismus, die Begünstigung Bayerns beim Finanzausgleich sein Erfolg.

Er ist auf tragische Weise ums Leben gekommen. Er hatte seiner Frau, die in einer Klinik liegt, Zeitungen gekauft, und hatte dann versucht, auf den Anhänger eines fahrenden Straßenbahnwagens aufzuspringen, wobei er stürzte. Da er keine Ausweispapiere bei sich führte, lag er als unbekannter Toter nach der Einlieferung in die Chirurgische Klinik dort bis nachmittags 3 Uhr. In der Zwischenzeit waren die Söhne des verunglückten Ministers wegen des Ausbleibens ihres Vaters besorgt geworden und wandten sich direkt an den Ministerpräsidenten Dr. Held, um Erkundigungen zu erlangen, dessen Wohnung sich in der Nähe der Wohnung des Finanzministers befindet. Ministerpräsident Dr. Held tröstete zunächst die Angehörigen und zog hierauf direkt bei der Polizeidirektion Erkundigungen ein, wo ihm mitgeteilt wurde, daß in der Chirurgischen Klinik ein unbekannter Toter liege, der an einem Finger den Ehrenring des Deutschen Museums trage. Dem Ministerpräsidenten war bekannt, daß Dr. Krausneck seinerzeit bei der Eröffnung des Deutschen Museums durch die Zueignung des Ringes seitens der Museumsleitung geehrt worden war, und begab sich hierauf persönlich in die Chirurgische Klinik, um zu seinem jähen Schrecken in dem Toten seinen verunglückten Finanzminister zu erkennen.

Studentische Wirtschaftshilfe.

Bilanz auf der Kieler Tagung.

Man schreibt uns aus Kiel:

Ueber 200 auswärtige Teilnehmer — darunter zum erstenmal Vertreter aus Riga und Dorpat — sind nach Kiel gekommen, um sich dort über die Weiterentwicklung der studentischen Wirtschaftsarbeit zu unterrichten.

Auf dem Begrüßungsabend in dem Studentenheim „Seeburg" berichtete Studienrat Päckelmann über die Studienstiftung des deutschen Volkes. Durch diese Stiftung werden jährlich 200 Studenten mit hinreichenden Mitteln für ihr Studium versehen. Etwa 12 Proz. der Unterstützten kommen aus Arbeiterkreisen, während das Verhältnis in der Gesamtstudentenschaft nur 1,5 Proz. beträgt. Schwierig ist es bei dieser Arbeit besonders, zwischen der ganz frei und unpersönlichen — aber auch sehr kostspieligen — Stipendiumform und dem englischen Collegwesen mit seinen starken persönlichen Bindungen den richtigen Mittelweg zu finden.

Eine Ueberfüllung der Hochschulen von dieser Seite her ist angesichts der geringen Zahl nicht zu befürchten. Nichtsdestoweniger wird man sich mit diesem Problem sehr intensiv zu befassen haben. Heute haben wir fast 100 000 Studenten, und nach den Beobachtungen der untersten Klassen der höheren Schulen wird diese Zahl bis 1934 noch steigen und danach erst langsam fallen. Die Auswahl der Unterstützten wird sich daher mit Rücksicht auf die Notlage des Volkes sehr streng halten müssen.

Von den sonstigen Hilfseinrichtungen hat die Darlehnskasse besonders große Bedeutung. Bisher sind an 17 000 Studenten Darlehen ausgegeben worden. Dazu bedarf es eines jährlichen Etats von etwa 2 Millionen. Diese Mittel sind zur Hauptsache vom Reich gegeben — und zwar in Uebereinstimmung sämtlicher Fraktionen. Weiter kostet der Bau von Studentenhäusern sehr viel Geld. Bisher hat man erst in Kiel, Königsberg, Dresden, Bonn und Aachen ausreichende Häuser. Die übrigen Städte besitzen nur mehr oder weniger gute Anstalten für Studentenspeisung. Darin werden im ganzen täglich 27 000 Mahlzeiten — also an ein gutes Viertel der Gesamtzahl — zum Durchschnittspreise von 45 bis 55 Pfennig ausgegeben. Die Geldmittel für diese umfangreiche Arbeit kommen zum großen Teil aus Wirtschafts- und sonstigen Fördererkreisen. Dafür befinden sich aber auch im Verwaltungsrat unter den 60 nicht studentischen Mitgliedern 15 Geheimräte und sehr viele Generaldirektoren (z. B. Hugenberg, E. Stinnes, von Stauß, Vögler, Deutsch, Duisberg). Daneben allerdings auch ein Vertreter der freien Gewerkschaften.

Im übrigen überwiegt in der Wirtschaftshilfe der Geist, der dem des ehemaligen Reichskanzlers Dr. Michaelis entspricht. Die maßgebenden Herren stehen der deutsch-christlichen Studentenvereinigung nahe und erfreuen sich einer entsprechenden allgemeinen Beliebtheit. Der völkische Einfluß ist draußen geblieben, denn hier mußte man positive Arbeit leisten.

Im Mittelpunkt der weiteren Tagung stand die Frage der Studentenhäuser, die in allen Universitätsstädten errichtet werden sollen. Die Korporationen wandten sich gegen diesen Plan, weil sie befürchteten, daß dadurch ihrer Werbekraft Abbruch getan werde. Die Tagung lehnte jedoch die exklusiven Gedankengänge der Korporation ab.

Die Tagung brachte sonst im wesentlichen nichts Neues. In der Diskussion führten die älteren Herren das Wort und nicht die eigentlichen Studenten.

Die Reichsregierung hat auf eine an sie gerichtete Anfrage des Hamburger Senats geantwortet, daß sie beabsichtigt, bereits in nächster Zeit dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem die Verlängerung des Mieterschutzgesetzes beantragt wird.

Zentrumsjugend für Wirth.

Joos an seiner Seite.

Landau, 13. Juni. (Mtb.) Der zweite Tag der deutschen Windthorst-Bund-Tagung am Sonnabend begann vormittags 9 Uhr in der Festhalle in Landau mit dem Referat des Reichstagsabgeordneten Joos über „Die politische Einheit der deutschen Katholiken". Joos betonte eingangs seiner Ausführungen, daß die Beratungen der Windthorst-Tagung den Verhandlungen der Vorstände der Bayerischen Volkspartei und der Zentrumspartei durchaus nicht vorgreifen oder in sie nicht eingreifen wollen und wandte sich dann scharf gegen die „Katholische deutschnationale Wochenschrift" des Reichstagsabgeordneten Spahn. Der Redner beschäftigte sich dann mit dem Fall Wirth, indem er den ehrlichen Willen und das Streben nach sozialer Verständigung, wie es Wirth verfolgt, anerkannte. **Dr. Wirth wolle das Unheil vom heutigen Staate abwenden**, indem er für die sozialen Belange eintritt und versucht, die weitesten Schichten der Bevölkerung an den Staat heranzuführen. **Es sei Aufgabe der Windthorst-Bünde, Wirth in seinem Streben zu unterstützen.**

Die Tagung fand am Sonntag in einer öffentlichen Kundgebung im Festsaale zu Landau ihr Ende. Nach kurzen Begrüßungsworten hielt Reichskanzler a. D. Dr. Wirth die angekündigte hochpolitische Rede über „Das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich".

Zum Schluß der Ausführungen Dr. Wirths erhob sich ein großer Beifallssturm, und nach Absingen des Deutschlandliedes fand die Tagung ihren Abschluß.

Richard Calwer tot.

Mit seiner Frau in den Tod gegangen.

Heute morgen wurde der bekannte Schriftsteller Richard Calwer mit seiner Ehefrau in seiner Wohnung tot aufgefunden. In früheren Jahren hat er in der Partei eine Rolle gespielt und war um die Jahrhundertwende auch Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Gandersheim. Obwohl er sich 1909 von der Partei getrennt hat, blieb seine Arbeit mit dem Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft eng verknüpft. Längst, ehe das Statistische Reichsamt sich dieser Aufgabe unterzogen hatte, begann Calwer mit Erfolg den Aufbau einer Wirtschaftsstatistik und Berichterstattung über den Konjunkturverlauf, wie sie den Lebensverhältnissen und sozialen Erfordernissen der werktätigen Bevölkerung Rechnung trug. Der Aufbau der Arbeitsmarktberichterstattung und der Teuerungsstatistik im besonderen ist ein Verdienst, das er mit dem Professor Jastrow teilt. In zäher Arbeit hatte er sich schon vor dem Kriege ein recht umfangreiches wirtschaftsstatistisches Bureau geschaffen, dessen Tätigkeit große Anerkennung fand. Daneben hat er eine ganze Reihe von Büchern geschrieben und die Wochenschrift „Die Konjunktur" herausgegeben. Während des Krieges mußte er sein Bureau einschränken. Zuletzt gab er nur noch Korrespondenzen heraus. Hatte ihn bis zum Kriege seine Tätigkeit trotz mancher Reibungspunkte immer an die Seite der organisierten Arbeiterschaft geführt, so vermochte er später sich den neuen Verhältnissen nicht mehr anzupassen. Aus dem Vorkämpfer für soziale Rechte wurde ein Zweifler und Fanatiker von Ideen, die durch die Tatsachen überholt waren und die daher mit Vorliebe von der Reaktion gegen die Partei ausgenutzt wurden. Die Verdienste, die dieser zähe und eigenwillige Schwabe in früheren Jahren um die deutsche Wissenschaft erworben hat, werden dadurch nicht geschmälert. Jetzt hat er, 59 Jahre alt, den Freitod gewählt, der in unglücklichen persönlichen Verhältnissen — nicht, wie gemeldet wurde, in wirtschaftlicher Not — seine Ursache haben dürfte.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen wurden auch am Freitag zwischen beiden Delegationen fortgesetzt. Nach allgemeiner Aussprache wurde eine Reihe von Unterkommissionen zur Behandlung der verschiedenen Einzelprobleme gebildet, mit dem Auftrage, bereits heute, Sonabend, die Arbeit aufzunehmen.

Staatstheater.

(„Maß für Maß.")

Ein seltsamer und philosophischer Kopf ist der schwermütige Herzog Vizentio von Wien, der in die Einsamkeit geht und nun für die Zeit seiner Abwesenheit den Statthalter Angelo mit seiner Macht betraut. Man stoße sich nicht daran, daß der gefühlvolle Fürst gerade Wien regiert. Für Shakespeare war Wien ein fabelhaftes Irgendwo, in dem Märchen geschehen können. Heute würden die Shakespeares den Gipfel des Mount Everest oder ein Dorf auf einer Südseeinsel zum Schauplatz ihres Märchens erwählen. Es lebt sich sehr behaglich in diesem Shakespearischen Märchen-Wien, obwohl der Statthalter Angelo ein abgefeimter Schurke ist.

Ist er ein Schurke? Er ist zunächst ein braver Mann, bis ihm die Keuschheit und Schönheit der entzückenden Isabella den Kopf verdreht. Die Wiener Moral gebietet, daß einem Jüngling, der einer Jungfrau vor der Ehe zu einem Kinde verhilft, der Kopf abgeschlagen wird. Das ist eine barbarische Moral, und sie würde bei jedem anderen Dramatiker niemals ausgereicht haben, um die Verwicklungen für ein geniales Lustspiel zu rechtfertigen. Es scheint jedoch, daß Shakespeare eine Satire auf die Autokratenjustiz seiner Zeit schreiben wollte. Es wurde aus seinem Willen ein herrliches Theaterstück.

Der Schurke Angelo, der beinahe durch den Spruch seines herzoglichen Herrn dem Scharfrichter Grausnich verfallen wäre, behält seinen Kopf, trotzdem ihm sehr viel Bitteres nachzureden ist. Sogar das prachtvolle Mädchen Mariana, das ihn vom Henker losbittet, wird ihm zur Ehegattin geschenkt, und sie wird ihm gewiß treubleiben. Shakespeare redet eben in seinem Lustspiele ebenso menschlich wie in allen seinen Trauerspielen. Die Liebe ist eine Verrücktheit, die plötzlich den Mann überkommt. Die Liebe gibt der Verrücktheit herkulische Kräfte, doch sie enthebt den Mann auch der vollen Verantwortlichkeit, so daß er unter Umständen dem Tode entschlüpft. Und in dem entzückenden Lustspiele tritt die Heilung ein, weil sich das Mädchen als ein überirdischer Engel erweist. Trotzdem spielen das Mädchen Mariana und auch der zweite Engel Isabella, die den Statthalter Angelo um den Verstand bringt, nicht als Ueberweiber. Sie sind Muster der Süßigkeit und Keuschheit. Sie öffnen den Schoß nur, sobald sie des goldenen Eheringes gewiß sind. Vor besoffenen Matrosen und verbummelten Edelleuten wurden diese holden Tugenden gepriesen. Also muß Shakespeare, der seine Theaterbesucher genau kannte, einen hohen Begriff von ihrer Bekehrungsbereitschaft gehabt haben. Selbst die Schurken Shakespeares sind noch Gentlemen und irgendwie mit der Weisheit verwandt und sogar ab und zu von Anwandlungen der Vornehmheit heimgesucht. Sie sind der Kameradschaft, des Mitleids, der Todesverachtung und des Stolzes vor Fürstenthronen fähig, kurz, der Mensch wird niemals vollkommen entmenscht, sobald ihm der Gott Shakespeares die Humanität einbläst.

Strenge Kritiker meinen, Shakespeare habe eigentlich einer Tragödie Gewalt angetan und sie zum Lustspiel abgebogen, was unbedingt mit der Bestrafung der Schurken und der Belohnung der engelhaften Weiber hätte enden müssen. Shakespeare gefiel sich aber in der Rolle des salomonischen Richters. Er kuriert die Verbrecher und verdammt sie nicht blindlings zu Galgen oder Schafott. In England dichtet ein guter Mann, während Inquisition und ähnliche Mordbelustigungen auf der ganzen Welt Mode werden.

Dabei ist Vinzentio, Herzog von Wien, der diplomatische Geschäfte vorschützt, um philosophierend herumzulungern, gar kein richtiger Repräsentant des elisabethanischen Justizgeistes. Er scheint ein Sehnsuchtsgeschöpf des gütigen Shakespeare zu sein. Denn er ist selber ein Dilettant der Menschengüte. Dieser Fürst ist ein Held an gerechter Rede, weil die Frauen ihn einfangen mit ihrem entzückenden Instinkt für die Schwäche der verliebten Männer. Shakespeare dichtet wie ein Troubadour und verspottet darum die Gesetzeslehre von der autokratischen Vergeltung. Nicht Maß für Maß wird gestraft und gelohnt, sondern es wird begnadigt gegen die Logik, weil die Damen Mariana, Isabella und Julia mit ihren Augen, geschwinden Zünglein und prächtigen Gliedern es so befehlen.

Karl Ebert verläßt Berlin, um Intendant des Darmstädter Theaters zu werden. Die Rolle des Herzogs ist wahrscheinlich seine letzte in Berlin. Dieser männliche Schauspieler, ein wirklicher Held und Heldenvater, wird dem Staatstheater sehr fehlen. Denn es gibt wenige Künstler, die das großartige Wort meistern, ohne der Leere oder überschwänglichen Beredsamkeit zu verfallen. Erwin Faber findet den Weg, den er braucht, den Ausweg aus den Liebhaberrollen zu den Charakterrollen. Gestalt, Blick und Stimme verlangen, daß er die dunklen Menschen spielt. Darum war er als Angelo richtig plaziert. Noch nie hat Frau Gerda Müller so rein und milde ihre Verse gesprochen wie als Isabella. Sollte sie von ihrer Lust am Uebertreiben geheilt sein? Man würde sich freuen. Veit Harlan spielte den vom Tod bedrohten verliebten Sünder. Der junge Künstler hat Momente, in denen er ganz gespenstisch wirken kann. Er wird sehr ernst, er wird bald sehr reif sein. Paul Bildt und Albert Florath und Else Wagner spielen die komischen Rollen des Lustspiels. Sie bilden ein prächtiges Trio. Frau Wagner ist besonders zu loben, da sie den Mut besitzt, die Häßlichkeit der Maske mit allen Mitteln des Grotesken und Ordinären zu betonen. Der Regisseur Jürgen Fehling ließ auf der Shakespeare-Bühne spielen, also nur zwischen Vorhängen, die zugleich als Türen oder Mauern angesehen werden sollen. Das ging ganz gut bis zum Schluß. Da wirkte denn der Pomp des Volkes etwas armselig. Man hätte die Tuchbälle hochschleudern und eine schimmernde Märchenapotheose zeigen sollen mit großer Menschenmasse und blinkendem Soldatenaufmarsch. Dann wäre besser als Märchen ausgekungen, was so nur bescheiden als moralisches Gedankenspiel wirkte.

Max Hochdorf.

Wie Herkulanum ausgegraben wird.

Die Ausgrabungen in Herkulanum, deren Beginn durch eine Eröffnungsfeier eingeleitet wurde, befinden sich vorläufig noch im vorbereitenden Stadium. Das Niveau der altrömischen Straßen befindet sich etwa 80 Fuß unter der gegenwärtigen Erdoberfläche. Schon diese Tatsache gibt eine Ahnung von den ungeheuren Mengen festen Schlamms und harter Asche, die entfernt werden müssen, bevor die eigentlichen Ruinen erreicht werden. Die Millionen Kubikfuß Schutt, die die alte Stadt begraben, werden auf die modernste Art abgetragen. Prof. Majuri, der die Grabungen leitet, läßt gegenwärtig eine Eisenbahnstrecke zwischen dem Ausgrabungsgelände und dem Meer anlegen. Auf diese Weise wird es möglich sein, mehrere 1000 Kubikfuß täglich wegzubringen, nachdem die harte Masse durch besondere pneumatische Apparate gelockert worden ist. Der Schutt wird dazu verwendet, einen Sumpf auszufüllen, der ein großes Gebiet zwischen der modernen Stadt Resina und dem Meer einnimmt. Niemand hat bisher eine genaue Vorstellung von der Anlage und der Ausdehnung des alten Herkulanum. Es werden daher zunächst tiefe Schächte an verschiedenen Punkten in dem sumpfigen Boden gegraben, um den genauen Umfang der Stadt festzustellen und herauszubekommen, ob sich die Ruinen nicht unter dem Sumpf ausdehnen. Der Plan Majuris sieht die Niederreißung mehrerer Häuser von Resina vor. Diese Häuser sollen dann wieder auf dem Land aufgebaut werden, das durch die Trockenlegung des Sumpfes gewonnen wird; man erhält auf diese Weise Land für ein neues Viertel der Stadt. Der Schutt, der nach der Trockenlegung des Sumpfes noch übrig bleibt, soll dazu verwendet werden, um eine Terrasse an der Seeküste zu bauen. Außerdem wird an Stelle des engen und schlechten Weges, der bisher nach Resina führt, eine breite Straße angelegt, die sich an die neue Automobilstraße zwischen Neapel und Salerno anschließen soll. Nach Beendigung dieser Vorarbeiten hofft Majuri noch in diesem Jahr die öffentlichen Bäder von Herkulanum freizulegen.

„Glück in der Liebe" — aber kein Glück im Singspiel. Am Sonnabend um 8 Uhr ist im Metropoltheater das Vaudeville „Glück in der Liebe" von Julius Horst und Peter Herz gestartet und gegen 12 Uhr, etwas ermattet, ans Ziel endgültigen und unwiderruflichen Fallens des Vorhanges gelangt. Während der vier Stunden geht, wie man sich denken kann, allerhand auf der Bühne vor. Was es aber mit dem Glück in der Liebe eigentlich auf sich hat, das wird aus den vielfältigen Ereignissen nicht klar. Die Autoren des Singspiels haben sich der Mühe unterzogen, einen Querschnitt durch die beliebtesten Schwankmotive der letzten vierzig Jahre zu ziehen und die erste Soubrette, die Naive, die komische Alte und die anderen üblichen Typen in eine Wirrnis von Vorgängen zu stellen. Die Verfasser fügen es so, daß ein ältlicher Lebemann äußerst stabil verheiratet und daß seine Geliebte gleichzeitig die Geliebte seines Sohnes und seines Schwiegersohnes ist —, ein Tatsachenkomplex, der eher den Titel „Pech in der Liebe" rechtfertigte. Wir kennen die sich ergebenden Situationen zur Genüge und lachen trotzdem einige Male. Aber der zweite von den drei Akten dauert über anderthalb Stunden. Infolge ständiger Wiederholung der mageren komischen Einfälle wirkt er durchaus nicht komisch. Zum Schluß hat sich alles so verwickelt, daß man nicht weiß, wie die Autoren sich aus dem Wirrsal winden werden. Sie finden auch nicht heraus, sondern machen ein gewaltsames Ende. — Der Ungar Michael Krausz hat zu dem Singspiel eine alltägliche und belanglose Musik geschrieben, von der nicht eine Note im Ohr haften bleibt. Der Abend hat jedoch lustige Momente, weil sich die Darsteller samos für das Singspiel einsetzen. Da ist der gelenkige Siegfried Arno, der mit seinen grotesken Tanzbewegungen das Zwerchfell reizt. Oskar Karlweiß,

Stand und Aussichten des Dawesplanes.

Im Lichte des Reparationsagenten.

Der Generalagent für Reparationszahlungen hat zugleich den ihm beigegebenen Kommissaren am 10. Juni einen Zwischenbericht über die seit 1. September 1926 verstrichene Zeit erstattet.

Mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung der verflossenen Periode widmet der Generalagent den Kapiteln über den Reichshaushalt und die deutschen Kredit- und Währungsverhältnisse diesmal eine eingehendere Schilderung. Der Bericht schließt u. a. mit folgenden Bemerkungen:

Der Plan selbst hat während der Berichtsperiode normal gearbeitet. Deutschland hat die vereinbarten Goldmarkzahlungen an den Generalagenten loyal und pünktlich weiter bewerkstelligt; auch die Uebertragungen sind regelmäßig und laufend unter der Aufsicht des Transferkomitees vor sich gegangen, ohne die Stabilität der deutschen Währung in Mitleidenschaft zu ziehen. Dabei haben die Uebertragungen in fremder Währung einen wachsenden Anteil gehabt.

Im allgemeinen ist der Fortschritt der deutschen Wirtschaft ständig, wenn auch nicht frei von Schwierigkeiten aufwärts gegangen. Jedoch wirft der große Umfang der Einfuhr ohne eine entsprechende Ausfuhrsteigerung die Frage auf, ob sich Deutschland neuerdings im Innern nicht überentwickelt hat, ohne seine Fähigkeit zu steigern, in wirksamen Wettbewerb auf den Weltmärkten zu treten, was so nötig für die Entwicklung und die Ausdehnung seines auswärtigen Handels wäre. Der große Einfuhrüberschuß der letzten sechs Monate war in der Hauptsache für die kürzliche Beanspruchung der Reichsbankreserven und für die Erreichung des Goldexportpunktes durch die deutsche Währung verantwortlich. Die ganze Periode hat weiterhin unter dem Einfluß der Kreditpolitik der Reichsbank, die von widerstrebenden Einflüssen bestimmt und nicht in der Hauptsache auf den Schutz ihrer auswärtigen Guthaben gerichtet wurde, gestanden. Die Reichsbank als der Wächter der deutschen Währung hat weitgehende Mittel und Ermächtigungen, und die Stabilität der deutschen Währung bleibt völlig gesichert.

Was den deutschen Haushalt betrifft, so sind die Erwartungen der Sachverständigen hinsichtlich der Einnahmeseite völlig gerechtfertigt worden. Ungeachtet der Steuerherabsetzungen zeigen die Haushalte des vergangenen und laufenden Jahres eine Einnahmesteigerung, die die Erhöhung der Haushaltsbeiträge nach dem Sachverständigenplan übersteigen. Auf der anderen Seite sind die Ausgaben im allgemeinen, einschließlich der Zahlungen an die Länder und Gemeinden, beträchtlich gestiegen, so daß die Ausgaben nunmehr die Einnahmen übersteigen; zum ersten Male seit der Inkraftsetzung des Sachverständigenplanes ist es zur Stabilisierung des Haushalts nötig gewesen, auf Anleihen zurückzugreifen. Die Ueberschüsse früherer Jahre haben so den üblicheren Haushaltsverhältnissen Platz gemacht, nach welchen Sparsamkeit und strenge Prüfung neuer Ausgaben einerseits, sorgfältige Schätzung der Steuereinnahmen andererseits, notwendig sind, um das Gleichgewicht sicherzustellen. Zu gleicher Zeit bleibt die wesentliche Stabilität des Haushalts unberührt, und es besteht kein Zweifel, daß sie mit Erfolg gewährleistet bleibt, wenn die deutsche Regierung die normalen Vorkehrungen treffen will, die in ihrem eigenen Interesse notwendig sind. Die Erfahrung dieser Monate, in denen die deutsche Wirtschaft so vielen Veränderungen unterworfen wurde und sich im ganzen gebessert hat, gestattet wiederum Nachdruck auf die dem Plan zugrunde liegende Auffassung zu legen, nämlich, daß, was im Interesse der deutschen Wirtschaft liegt, auch dem Interesse der Ausführung des Planes entspricht. In ihrem Gutachten haben die Sachverständigen ausgeführt, daß der Plan seine eigene Sicherheit darin finden muß, daß es im Interesse aller Parteien liegt, ihn im guten Glauben durchzuführen. Guter Glaube und gegenseitiges Verständnis haben seit Beginn des Planes bestanden, und das fortdauernde Interesse der deutschen Regierung und der Gläubigermächte an seinem regelmäßigen Fortschritt enthalten die stärksten Grundlagen für eine Weiterentwicklung."

Die verschiedenen Kommissare und Treuhänder erstatten gleichzeitig Sonderberichte über ihre Tätigkeit.

---

der mit reizender Naivität einen Schuljungen spielt und seine Stimme dauernd überschnappen läßt, die entzückend anzusehende und temperamentvolle Gerda Maurus, die routinierte Soubrette Else Lord und der Clou des Abends: Gisela Werbezirk. Sie legt mit der ihr eigentümlichen wurstigen Grazie einige Kalauer hin, daß sich das Parkett vor Lachen biegt. Im ganzen aber eignet sich das Vaudeville nicht für Vorstellungen, wie man sie im Metropoltheater erwartet. Mit dem „Glück in der Liebe" hat der Direktor nicht viel Glück gehabt. dgr.

Tagung des Deutschen Bühnenvereins. Am Sonnabend fand in Mainz die Tagung des Deutschen Bühnenvereins statt, die aus allen Teilen des Reiches gut besucht war. In der Hauptversammlung, die nachmittags abgehalten wurde, wurden eine ganze Reihe von Problemen aufgerollt, die das Bühnenleben der Gegenwart betreffen. Zunächst referierte Ministerialrat Dr. Schnitzler vom preußischen Arbeitsministerium über das Thema „Rundfunk und Theater in rechtlicher Beziehung". An zweiter Stelle sprach der zweite geschäftsführende Vorsitzende des Deutschen Bühnenvereins, Rechtsanwalt Arthur Wolf, über „Urheberrechtsfragen im Theaterbetrieb", wobei er das Verlangen nach einer Herabsetzung der dreißigjährigen Urheberschutzfrist stellte. Im Anschluß daran ging eine von der Versammlung gefaßte Resolution an die Reichsregierung mit dem Ersuchen, die vielfach geforderte Verlängerung der Urheberschutzfrist zu verwerfen. Den dritten Vortrag hielt Generalintendant Legal, Darmstadt. Er behandelte die „Stellung des Regisseurs zum Schauspieler" und gipfelte in dem von Leopold Jeßner aufgestellten Satz: „Je vollkommener der Schauspieler wird, desto wichtiger wird für ihn der Regisseur sein." Nach diesem Vortrag sprach Dr. Neubeck aus Braunschweig über den „Heutigen Opernspielplan". Der Redner gab ein Bild von der Entwicklung der Oper und zeigte, daß wir am Ausgang einer rein artistischen Opernpflege ständen, und daß schon mancherlei Anzeichen vorhanden seien, daß allmählich wieder eine Opernkunst entstehe, die in lebendiger Verbindung mit dem Volke bleibe. Damit wurde die Tagung geschlossen.

In der Staatlichen Kunstbibliothek Prinz-Albrecht-Str. 7a ist eine Ausstellung des Graphikers Siegfried Sebba eröffnet worden, in der Reisestudien aus Oberägypten und Niederländisch-Indien gezeigt werden. Die Ausstellung ist wochentäglich von 10 bis 10 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

Dr. Martin Kerb wurde als Direktor des Städtischen Schauspiels nach Essen berufen.

Ausstellung „Der moderne Innenraum". Der Duisburger Museums-Verein eröffnet Mitte September eine Ausstellung neuzeitlicher Innenräume. Besonders berücksichtigt werden dabei Typenmöbel für Kleinwohnungen. Das Problem soll nicht nur an Hand von Entwürfen erörtert, es sollen auch einige mustergültige Räume gezeigt werden.

Holland-Institut an der Aachener Hochschule. Anläßlich des Besuches einer holländischen Studiengesellschaft machte der Rektor der Technischen Hochschule Aachen Mitteilung von dem Plan einer Gründung eines besonderen Instituts für holländische Literatur und Sprachwissenschaft. Als Leiter dieses Instituts ist Professor Dr. Brüggemann ausersehen.

Eröffnung in Genf.

Verminderung der Zahl der Ratssitzungen? – Entscheidung erst im Herbst.

W. S. **Genf**, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Saarfragen stehen nicht auf der Tagesordnung. Dennoch ist eine Delegation aus dem Saargebiet gekommen, darunter der Genosse Hoffmann. Denn die Regierungskommission hat am 24. Mai verordnet, daß eine Genehmigung zur Einreise in das Saargebiet für deutsche Personen erforderlich ist, die dort an einer öffentlichen Veranstaltung teilnehmen wollen, oder für solche Personen, die als Mitglieder eines Vereins, sei es einzeln, sei es geschlossen einreisen wollen. Diese Verordnung hat große Erregung entfacht. Der Landesrat hat sich gegen sie ausgesprochen.

Die deutsche Delegation umfaßt 21. Herren. Unter ihnen befindet sich der Attaché Fürst von Bismarck, um Völkerbund zu lernen.

In der heute morgen eröffneten Ratssitzung wurden zunächst Danziger Fragen erledigt. Der Kommissiar hat das Recht erhalten, im Einzelfall über Transport und Lagerung von Kriegsmaterial in Danzig zu entscheiden. Mehrere andere Danziger Einzelfragen wurden Unterkommissionen zur weiteren Beratung überwiesen.

Die Danziger Delegation bedauert den aus rein formalen Gründen gefällten Entscheid des Völkerbundes über den Bau von Flugzeugen in Danzig. Der Beschluß von heute morgen bedeutet, daß die Erlaubnis, in Danzig Flugzeuge zu bauen, um mindestens ein halbes Jahr vertagt wird. Damit ist Danzig das Recht, Flugzeuge zu bauen, das Deutschland seit einem Jahr besitzt, wieder vorenthalten worden.

Dann beriet der Rat über die vorgeschlagene Verminderung der Ratstagungen. Während der Rat im Jahre 1920 11 Sitzungen abgehalten hat, ging ihre Zahl dann auf fünf und sechs herab. Dabei werden die ineinander überlaufenden Tagungen des alten und des neugewählten Rates im Herbst als zwei Tagungen gezählt. Außerdem gab es im November 1925 in jedem Jahre eine außerordentliche Ratstagung wegen des akuten Streifalles zwischen Bulgarien und Griechenland. Der Generalsekretär des Völkerbundes hatte einen Bericht über die technischen Folgen einer Verminderung der Ratssitzungen vorgelegt. Chamberlain sprach als einziger zu diesem Punkt. Er erklärte, daß eine größere Zahl früher notwendig gewesen sei, daß jetzt der Völkerbundsrat sich aber eingespielt habe. Es werde nur zum Vorteil des Völkerbundes sein, wenn sich die Zahl der Ratssitzungen vermindert. Er schlug vor, die Entscheidung über diese Fragen dem im Herbst neugewählten Völkerbundsrat zu überlassen. Ein endgültiger Beschluß solle nur dann gefaßt werden, wenn diese Anregung die allgemeine Unterstützung des Rates und der Versammlung findet. Diesem Antrage gemäß wurde die Entscheidung auf den Herbst vertagt.

Heute nachmittag finden Ausschußsitzungen des Rates statt. Die nächste öffentliche Sitzung beginnt morgen vormittag 11 Uhr.

Pessimismus in Paris.

Paris, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die ersten Berichte der Pariser Presse über die Stimmung in Genf klingen

so pessimistisch wie möglich.

Selbst die versöhnungsfreundlichsten Blätter in Paris lassen kaum eine Möglichkeit erkennen, um der Politik von Locarno und der Aussöhnungsaktion zwischen Deutschland und Frankreich einen neuen Anstoß zu geben. Man bezeichnet es als die Quadratur des Zirkels, die widerstrebenden Interessen zwischen Deutschland, Frankreich und England in Einklang zu bringen. Selbst die „Ere nouvelle" erwartet von Genf nicht mehr als einen unverbindlichen Meinungsaustausch ohne praktische Resultate. Das „Oeuvre" glaubt zu wissen, daß Stresemann in der Kontrollfrage der Zerstörung der deutschen Ostfestungen nachgeben wird, falls er in der Besatzungsfrage bezüglich der Herabminderung der Truppen die Zahl von 10 000 Mann durchsetzen kann. Am schärfsten spricht sich Sauerwein im „Matin" aus. Er glaubt, daß Stresemann abermals von seinen militärischen Sachverständigen sich schlecht habe beraten lassen. Es sei vollkommen unannehmbar, so erklärt Sauerwein, wenn Stresemann anstatt einer diskreten Kontrolle der Zerstörungen nichts weiter anbiete als Photographien derselben und die Bürgschaft des Generals Pawelsz, der noch bis vor kurzem das Vorhandensein von Befestigungen an der deutschen Ostgrenze

überhaupt geleugnet

habe. Deutschland habe immer noch nicht den Widerstand gegen den Versailler Vertrag aufgegeben. Während es früher diesen Widerstand in größerem Ausmaße sich leistete, so heute nur noch in geringfügigeren schikanösen Kleinigkeiten, über die sich zwar nicht lohnt, zu reden, die aber dennoch die Atmosphäre zwischen beiden Ländern abermals vergiften.

Die Beendigung der Zerstörungsarbeiten notifiziert.

Nachdem der Sachverständige der Reichsregierung, Generalleutnant v. Pawelsz, die Besichtigung der Zerstörungsarbeiten an den 34 Betonunterständen im System der deutschen Ostbefestigungen, die nach den Pariser Restpunktevereinbarungen zerstört werden sollten, beendet hat, sind heute die Berliner Missionen der in der Botschafterkonferenz vertretenen Mächte von der Durchführung der Schleifungen in Kenntnis gesetzt worden.

Das Lebensmittelverkehrsgesetz.

Verbesserungen — aber auch ein ein agrarischer Pferdefuß.

Das Gesetz über den Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen, das am Dienstag im Reichstag beraten und beschlossen werden soll, bringt gegenüber dem seit 1879 bestehenden Nahrungsmittelverkehrsgesetz einige Verbesserungen, leider aber auch einige Verschlechterungen. Ein wesentlicher Fortschritt liegt in der den Beamten und Sachverständigen erteilten Ermächtigung, die sie bisher nicht besaßen, nicht nur die Verkaufsräume, sondern auch die Herstellungsräume für Lebensmittel zu kontrollieren. Neu ist auch die Festlegung einer genauen Begriffsbestimmung, was Lebensmittel und Bedarfsgegenstände im Sinne des Gesetzes sind.

Das Kernstück des ganzen Gesetzes ist der § 7, der die Entnahme von Proben von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen zwecks Untersuchung behandelt. Bisher brauchte der Kontrollbeamte nur auf Verlangen des Besitzers eine Gegenprobe zurückzulassen, was sich in fünfzigjähriger Praxis durchaus bewährt hat. Die Regierungsvorlage wollte es auch bei diesem Zustand belassen, aber die Rechte setzte im Ausschuß einen Antrag durch, daß ein Teil der entnommenen Probe amtlich verschlossen und versiegelt zurückzulassen sei, außer wenn der Besitzer ausdrücklich darauf verzichtet, und daß sogar unter gewissen Voraussetzungen selbst dann noch ein Teil der Probe zurückzulassen ist. Ganz abgesehen davon, daß Lebensmittel, wie z. B. Hackfleisch, Butter, Milch, in der warmen Jahreszeit so rasch verderben, daß eine Gegenuntersuchung schon nach verhältnismäßig kurzem Zeitraum wertlos ist, und daß die allerwenigsten Kleingewerbetreibenden die Mittel haben, eine solche Nachuntersuchung vornehmen zu lassen, bedeutet diese neue Bestimmung eine Gefährdung der Durchführung des Gesetzes überhaupt. Denn der kontrollierende Beamte müßte Flaschen, Büchsen, Kartons, Tüten mit sich führen, um die Gegenproben in diesen Behältern amtlich versiegelt zurückzulassen. Um die gleiche Zahl von Untersuchungen vorzunehmen wie bisher — im Jahresdurchschnitt auf 1000 Einwohner der größeren Städte fünf —, müßte infolge des Zeitverlustes die Zahl der Beamten erheblich vermehrt werden, was nach Meinung des Regierungsvertreters nicht zu erwarten ist. Bleibt also nur eine Verringerung der Zahl der Untersuchungen übrig, sehr zum Schaden der Verbraucher.

Praktisch ist die Durchführung dieser Bestimmung unmöglich, beispielsweise bei der Kontrolle der auf den Bahnhöfen der Großstädte einlaufenden Milchsendungen, ehe sie von den Händlern übernommen werden. Wem soll der Milchprüfer die versiegelte Gegenprobe übergeben? Nicht der städtische Milchhändler ist der Kontrollierte, sondern der auswärts wohnende Anlieferer, vielleicht eine Sammelmolkerei. Weder der Produzent noch der Anlieferer können ausdrücklich, wie es das Gesetz verlangt, auf die Zurücklassung der Probe verzichten, denn sie sind gar nicht anwesend. An einer Zwanzigliter-Kanne Milch sind mitunter sechs Landwirte als Erzeuger beteiligt. Wie soll man feststellen, wer der Anlieferer der etwa verdorbenen Milch ist? Um so mehr, als an einem Tage auf den Bahnhöfen mitunter Hunderte von Milchproben entnommen werden. Nimmt eine Reichstagsmehrheit diese Bestimmung in das Gesetz auf, dann bedeutet das, Leben und Gesundheit der milchgenießenden Bevölkerung gefährden.

Der Regierungsvertreter, der sich anfangs sehr energisch gegen diese Verschlechterung der Regierungsvorlage gewehrt hatte, fiel unter dem Druck der Regierungsparteien um. Hoffentlich hat das Zentrum bis Dienstag ein Einsehen, stimmt mit für unseren Antrag auf Wiederherstellung der alten Fassung des § 7.

Die sozialdemokratische Fraktion hat außer diesem Antrag noch eine Entschließung eingebracht, die die Verstaatlichung der privaten Untersuchungsanstalten fordert, damit auch nicht der Schatten eines Verdachtes entstehen kann, eine Untersuchungsanstalt habe ein materielles Interesse an der Ausführung von Untersuchungen.

Ohne die Verschlechterung wäre das neue Lebensmittelgesetz durchaus zu begrüßen. Wieder trifft die Vertreter der nur-landwirtschaftlichen Interessen, unterstützt vom Zentrum, die Hauptschuld an dieser Verschlechterung, die in ihrer Auswirkung abzuwehren Aufgabe der Konsumenten ist.

Daudet verhaftet.

Nach einem Wasserangriff der Feuerwehr.

Paris, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung Poincarés hat sich endlich entschlossen, gegenüber dem Royalistenführer Léon Daudet, der sich in der „Action française" verschanzt hat und der öffentlichen Gewalt spottet, den Kampf zu eröffnen. Am Montag früh 7 Uhr begann der gewaltsame Kampfangriff gegen die „Festung Daudet". Polizei zu Fuß und zu Pferde, Munizipalgarden mit aufgepflanztem Bajonett sowie starke Abteilungen der Feuerwehr, alles in allem einige tausend Mann traten vor dem Gebäude der „Action française" in Tätigkeit. Zunächst wurde aus mehreren Schlauchleitungen der Feuerwehr ein Wasserangriff unternommen. Die Camelots setzten zunächst der Feuerwehr hartnäckigen Widerstand entgegen. Als sie aber sahen, daß es ernst wurde, veranlaßten sie schleunigst Daudet, sich zu ergeben, was dieser auch tat mit der Begründung, er wolle unnützes Blutvergießen vermeiden. Daudet wurde sofort verhaftet.

Im Laufe der Nacht war es zu heftigen Zusammenstößen gekommen, wobei Polizisten verletzt und zahlreiche Demonstranten verhaftet wurden.

Parteitag in Dänemark.

Kampfansage Staunings gegen das Bauernkabinett. — Wels gegen Faschismus und Bolschewismus.

Vejle, 12. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die dänische Sozialdemokratie eröffnete am Sonntag im Arbeiterheim des jütländischen Städtchens Vejle ihren 20. Parteitag. Nach dem Spiel einer Festkantate hielt Genosse **Stauning** die Eröffnungsrede, die in einer Kampfansage gegen das Bauernkabinett ausklang. Stauning prophezeite Neuwahlen und Sturz der gegenwärtigen Regierung in baldiger Zukunft. Nach Konstituierung des Kongresses nahmen die auswärtigen Gäste das Wort.

Wels mahnte zur internationalen Wachsamkeit sowohl vor Moskau wie gegenüber dem Imperialismus der Westmächte. Er schloß mit einem Hinweis auf das besonders enge, herzliche Einverständnis der deutschen und dänischen Sozialdemokratie. Der Parteisekretär der schwedischen Sozialdemokratie **Möller** wies auf die guten Aussichten der schwedischen Partei bei den kommenden Reichstagswahlen in Schweden hin. In seinem Dank an die ausländischen Gäste teilte **Stauning** mit, daß der Parteitag 1000 Kronen dem Matteotti-Fond überwiesen hätte.

Am Nachmittag fand eine große Demonstration unter freiem Himmel statt, an der 30 000 Menschen aus allen Gegenden Jütlands teilnahmen. Genosse Wels sprach mit großem Beifall gegen den internationalen Faschismus.

Arturo Labriola gerettet.

Auf Korsika gelandet.

Der frühere Arbeitsminister Arturo Labriola, ein Gelehrter von europäischem Ruf in den Fragen des Arbeitsrechtes, war kurz vor der Errichtung der Faschistenherrschaft der Sozialistischen Partei beigetreten und wurde seitdem von Mussolini verfolgt. Nach dem Attentat in Bologna wurde er, der schon vorher als Professor an der Universität in Neapel gemaßregelt worden war, überfallen und buchstäblich bis auf Hemd ausgeplündert, während man seinen jungen Sohn vor seinen Augen blutig schlug. Sodann wurde er in ein verlorenes Gebirgsdorf in den Südabruzzen verschickt.

Jetzt ist es ihm gelungen zu entfliehen und auf einem kleinen Boot Korsika, also französischen Boden, zu erreichen.

Die Besoldungspolitik der Regierung.

Protest der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft.

Die erweiterte Reichsleitung der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft, Mitgliedschaft im Deutschen Verkehrsbund, trat am 9. und 10. Juni in Berlin im Gewerkschaftshaus zu einer Tagung zusammen, auf der wichtige geschäftliche Angelegenheiten ihre Erledigung fanden. Die Berichte der Reichsleitung über Lohn- und Besoldungsfragen und weitere Beratungen über Berufsfragen standen auf der Tagesordnung. Unter anderem wurde auch die sofortige Erhöhung der Bezüge der Beamten in den unteren und mittleren Besoldungsgruppen gefordert. Der Verlauf der Tagung war ein Beweis dafür, daß die Entwicklung der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft — Mitgliedschaft im Deutschen Verkehrsbund — günstig ist, die Arbeiten der Reichsleitung in der zurückliegenden Zeit fanden die Billigung der Delegierten. Die nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Die am 9. und 10. Juni tagende erweiterte Reichsleitung der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft, Mitgliedschaft im Deutschen Verkehrsbund, erhebt schärfsten Protest gegen die seit langer Zeit befolgte Besoldungspolitik der Reichsregierung. Das Einkommen in den unteren und mittleren Gruppen der Beamtenschaft wurde seit Jahren so gering bemessen, daß als Folgewirkung Not und Elend herrschen. Die Verschuldung ist in einem solchen Umfange eingetreten, daß sie zu einer wirtschaftlichen und sittlichen Gefahr werden muß, wenn nicht beschleunigt und zwar mit rückwirkender Kraft eine erhebliche Erhöhung der Bezüge und damit eine fühlbare Hilfe gebracht wird.

Versprechungen sind so zahlreich gemacht, daß diese nun endlich eingelöst werden müssen, damit die vorhandene Krise nicht noch weiter verschärft wird. Es ist daher die Pflicht aller maßgebenden Körperschaften, besonders aber des am 14. Juni zusammentretenden Reichstags, dafür einzutreten, daß bis zur Neuregelung der Besoldungsordnung die Bezüge der Beamten im Wege eines Provisoriums mit Wirkung ab 1. April erhöht werden.

Entschließung des Reichsverbandes.

Der Verbandstag des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten beschäftigte sich am dritten Verhandlungstage mit den Personalverhältnissen in der Postverwaltung und stimmte einmütig folgender Entschließung zu:

„Der 16. Verbandstag des mit der Deutschen Postgewerkschaft in München vereinten Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten E. V. stellt mit Bedauern fest, daß die Personalverhältnisse der Beamten des Betriebsdienstes bei der Deutschen Reichspost noch immer äußerst ungünstig sind. Er beauftragt daher den Verbandsvorstand, mit Entschiedenheit vom Reichspostministerium die Aufstellung eines Nachtragshaushalts zu fordern, damit noch in diesem Rechnungsjahr eine ausreichende, den dienstlichen Anforderungen und Leistungen entsprechende Beförderung dieser Beamten erfolgen kann. Diese Forderung ist um so mehr berechtigt, als sowohl der Herr Reichspostminister als auch Vertreter der politischen Parteien in aller Oeffentlichkeit die treue und gewissenhafte Pflichterfüllung der Beamten der Deutschen Reichspost mit besonderer Betonung hervorgehoben haben."

Was die neue Polizeistunde brachte.

12 bis 14 Stunden Arbeitszeit.

Am 8. Juni fand eine gut besuchte Funktionärversammlung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten im Gewerkschaftshaus statt. Der Verbandsvorsitzende Genosse Rudolf Ströhlinger sprach über die Denkschrift des preußischen Innenministers Grzesinski zur Polizeistunde.

Der Redner übte schärfste Kritik und betonte insbesondere, daß die Ermittlungen der Behörden sich im wesentlichen auf die Aussagen der Unternehmer stützen, während man die Angestellten des Gastwirtsgewerbes nicht gehört habe. Fest stehe, daß die Arbeitnehmerverbände im Gastwirtsgewerbe aller Richtungen sich in der Frage der verlängerten Polizeistunde einig seien, daß diese überflüssig und die Wiedereinführung der 1-Uhr-Polizeistunde notwendig sei. Im Sinne der Ausführungen des Referenten fand eine Entschließung einstimmige Annahme. Es heißt dort:

„Die Versammlung der Vertrauensleute, Betriebskassierer, Betriebsräte und Funktionäre des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten erhebt entschieden Einspruch gegen den Inhalt der Denkschrift über die Neuregelung der Polizeistunde, die der preußische Minister des Innern dem Preußischen Landtag am 7. April überreicht hat. Die darin enthaltenen Behauptungen entsprechen in mehrfacher Beziehung nicht den tatsächlichen Verhältnissen. . . . Insbesondere trifft nicht zu die Angabe über die Arbeitszeitverhältnisse der Angestellten und die damit im Zusammenhang stehenden Schlußfolgerungen. Tatsächlich ist eine erhebliche Arbeitszeitverlängerung für die gastwirtschaftlichen Angestellten, und zwar auch in Berlin eingetreten. Die Polizeistundenverlängerung beschränkt sich jedoch nicht nur auf Berlin, sondern auf das ganze Reich, da, wie vorauszusehen war, die übrigen Länder dem Beispiel gefolgt sind und die Polizeistunde ebenfalls, wie z. B. in Braunschweig und Mecklenburg, bis 3 Uhr verlängert haben. Tausende, namentlich weibliche Arbeitnehmer, werden dadurch gezwungen, **12, 14 Stunden und länger** im Betriebe tätig zu sein.

Daß ein eigentliches Bedürfnis zu einer derartigen Verlängerung der Polizeistunde nicht vorhanden ist, beweist auch die Tatsache, daß sogar in Berlin der Besuch der Gastwirtschaften in der Zeit nach 1 Uhr sehr minimal ist und nur rund 18 Proz. der Lokalinhaber von der Verlängerung Gebrauch machen, unter denen sich viele befinden, die nur aus Konkurrenzrücksichten ihre Geschäfte länger aufhalten.

Die in der Denkschrift enthaltenen Zahlen über das Resultat der beiden Ermittlungen geben kein richtiges Bild von der Sachlage und sind sogar irreführend. Es wird nicht einmal unterschieden zwischen den Groß- und Kleinbetrieben, es wird auch verschwiegen, daß sich unter den gezählten Betrieben wahrscheinlich eine größere Anzahl Saalgeschäfte befinden, die schon vor der allgemeinen Verlängerung der Polizeistunde bei den verschiedensten Veranstaltungen den Betrieb bis 3 Uhr ausdehnen konnten.

Im Gegensatz zu der Annahme des Ministers, daß die Verordnung gute Erfolge gezeitigt hat, steht die Versammlung auch nach den Erfahrungen, die in den sieben Monaten gemacht worden sind, auf dem Standpunkt, daß die Polizeistundenverlängerung in keiner Weise befriedigt und daß auch die Gastwirte in ihrer übergroßen Mehrzahl mit dem dadurch geschaffenen Zustand nicht einverstanden sind. . . .

Den Bedürfnissen des Publikums genügt die Festsetzung der Polizeistunde auf 12 bzw. 1 Uhr wie vor Erlaß der neuen Verordnung. Für gänzlich überflüssig erachtet wird eine spätere Polizeistunde für die Saison- und Kurorte. Hingegen ist es notwendig, daß für Festlichkeiten von Vereinigungen und Gesellschaften sowie für besondere Veranstaltungen die Polizeistunde verlängert oder völlig aufgehoben wird. Auf Versammlungen, Kongresse und Konferenzen von wirtschaftlichen Vereinigungen darf die Polizeistunde auch dann keine Anwendung finden, wenn Speisen und Getränke an die Teilnehmer abgegeben werden. In großen Städten mit starkem Fremdenverkehr sollen eine Anzahl Restaurants und Cafés auf ihren Antrag die Konzession für den Nachtbetrieb bekommen, jedoch mit der Einschränkung, daß diese Betriebe, um eine bevorzugte Konkurrenz zu vermeiden, am Tage geschlossen sein müssen."

Die Arbeitsverhältnisse der Musiker.

Ein Aufruf des Deutschen Musikerverbandes.

Der Vorstand des Deutschen Musikerverbandes wendet sich mit einem Aufruf an die ausländische Kollegenschaft, worin diese gebeten wird, keine Arbeit in Deutschland anzunehmen, ohne vorher bei dem Deutschen Musikerverband Erkundigungen eingezogen zu haben. Der wilde Wettbewerb von Musikdilettanten aller Art, von Beamten- und Militärmusikern und vielen ausländischen Musikkapellen zwingt den Deutschen Musikerverband zu diesem Aufruf. Nur durch Hand-in-Hand-Arbeiten mit der ausländischen Kollegenschaft kann es den deutschen Musikern gelingen, bessere Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse zu erkämpfen.

Die tägliche achtstündige und wöchentliche 48stündige Arbeitszeit ist für den Musikerberuf unerträglich. Selbst wenn für Sonn- und Festtage noch eine um zwei Stunden über sechs Stunden hinausgehende längere Arbeitszeit zugelassen werden sollte, erscheinen 38 Stunden in der Woche als genug. Die Zusammenrechnung der täglichen oder wöchentlichen Arbeitsstunden (bei Beschäftigung durch mehrere Arbeitgeber) müßte, wie die „Deutsche Musikerzeitung" in ihrer Kritik des Arbeitsschutzgesetzes fordert, durch eine Vorschrift ergänzt werden, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu bestrafen sind, wenn die Ueberschreitung des achtstündigen Normalarbeitstages bzw. der 48stündigen Normalarbeitswoche durch entgeltliche Nebenbeschäftigung bei einem anderen Arbeitgeber oder in einem anderen Betriebe erfolgt.

Ueber dreizehn Millionen im IGB.

Davon allein viereinhalb Millionen im ADGB.

Der Mitgliederbestand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat sich in der Zeit zwischen 1913 und 1925 folgendermaßen entwickelt:

	1913	höchster Stand	im Jahre	1925
Belgien	126 745	718 410	1920	552 094
Dänemark	114 289	279 255	1920	239 704
Deutschland	**2 525 042**	**8 578 414**	**1922**	**4 582 366**
England	—	6 559 938	1921	4 365 619
Frankreich	502 447	2 048 221	1919	605 250
Holland	85 796	259 582	1919	189 686
Italien	327 302	1 926 861	1920	234 520
Oesterreich	428 970	1 079 777	1921	807 515
Schweden	97 225	313 208	1921	384 617
Schweiz	89 398	225 822	1921	149 997
Spanien	127 804	240 113	1921	235 007
Ungarn	107 488	202 956	1922	125 024
Vereinigte Staaten	1 996 004	3 260 068	1919	—
Allgemein angeschloss.	7 702 368	28 170 006	1919	13 366 887

Wenn man die Vereinigten Staaten außer Betracht läßt, war der Mitgliederbestand 1925 2⅓mal so groß als 1913. Seit 1925 ist in den Hauptindustrieländern ein neuer kräftiger Aufschwung zu verzeichnen.

Reichskonferenz der Maschinisten der Kaliindustrie.

Eisenach, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Hier tagte gestern eine Reichskonferenz der in der Kaliindustrie beschäftigten Maschinisten und Heizer, die von allen Revieren sehr gut beschickt war. In einer einstimmig gefaßten Entschließung wandte sich die Reichskonferenz gegen die provokatorische Haltung der Unternehmer bei den letzten Lohnverhandlungen und beschloß, der kombinierten Lohnkommission vorzuschlagen, nach Ablauf der Lohntafel eine bezirkliche Regelung der Löhne anzustreben.

Das Arbeitszeitabkommen der Schwerindustrie gekündigt.

Bochum, 13. Juni. (WTB.) Das Arbeitszeitabkommen für die Arbeiter der Nordwestlichen Gruppe ist von den beteiligten Metallarbeiterverbänden zum 31. Juli gekündigt worden. Gefordert wird die Wiedereinführung des achtstündigen Arbeitstages, ferner für die Hütten- und Walzwerkarbeiter die dreiteilige Schicht und ein entsprechender Lohnangleich.

Christlicher internationaler Angestelltenbund.

Amsterdam, 11. Juni. (WTB.) Am Donnerstag und Freitag hielt hier der Internationale Bund christlicher Angestelltenverbände unter dem Vorsitz von Hadermann (Deutschland) seinen dritten internationalen Kongreß ab. Die Beratungen der Kongreßteilnehmer hatten in der Hauptsache internationale Maßnahmen zum Zwecke einer guten Berufsvorbildung und zum Schutze der wirtschaftlichen Stellung der Bureauangestellten zum Gegenstand. Als Vertreter des Internationalen Arbeitsamts nahm Haenseler (Genf) an der Tagung teil. Zu Mitgliedern im neuen Vorstand wurden Nauta (Holland), Christophe (Belgien), Untermüller (Oesterreich), Fräulein Laseuille (Frankreich), sowie ein von den deutschen Vertretern noch namhaft zu machendes deutsches Mitglied gewählt.

Achtung, Bauarbeiter! Die Firma Polenske u. Zöllner hat auf der Baustelle Lüneburger Straße die 46½stündige Arbeitszeit anerkannt. Die ausgesprochene Sperre ist damit gegenstandslos geworden und wird hiermit aufgehoben.

Deutscher Baugewerksbund. Der Vorstand.

Achtung, Zimmerer! Die zwischen der Firma Karl Körner u. Co. bestandene Differenz ist beigelegt. Die tariflichen Bedingungen sind anerkannt, und die auf der Baustelle in Reinickendorf beschäftigten Kameraden nehmen morgen, **Montag**, die Arbeit wieder auf. Die Sperre ist somit aufgehoben.

Die über die Firma Kolodziej, Berlin-Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 99/100, verhängte Sperre besteht noch. Meidet daher sämtliche Baustellen dieser Firma.

Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Berlin.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 4—6 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Aus der Partei.

Die nächste Exekutivsitzung der Internationale.

Die „Internationale Information", das Nachrichtenblatt der SAJ. teilt mit:

Die nächste Tagung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ist nach Brüssel für den 11. bis 13. September einberufen worden. Am Tage des Sitzungsbeginnes findet die feierliche Enthüllung des von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale errichteten Denkmals Matteottis im Salle Blanche des Volkshauses in Brüssel statt. Die Uebergabe des Monuments in die Obhut der Beglischen Arbeiterpartei wird durch eine Rede des Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Abgeordneten Arthur Henderson, erfolgen. Im Namen des italienischen Proletariats wird Filippo Turati sprechen.

Der Sitzung der Exekutive wird am 10. September eine Sitzung des Bureaus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vorangehen.

Am Morgen des 12. September wird die konstituierende Sitzung der von der SAJ. eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen stattfinden.

Sport.

Nürnberg wieder Fußballmeister.

Unter ohrenbetäubendem Lärm vor etwa 50 000 Zuschauern begann gestern das Endspiel um die deutsche Fußballmeisterschaft zwischen Hertha-BSC. und dem 1. Fußballklub Nürnberg. Meisterschaftsspiel? Damit hatte das Gebotene wenig zu tun. Nur einige Spieler, so bei Hertha, der linke Läufer und Torwart und bei Nürnberg der Mittelläufer und Torwart zeigten wirkliche Meisterleistungen. Hertha versagte vollkommen. Im Sturm fehlte jeglicher Zusammenhang. Aber auch bei den Nürnbergern klappte es zum größten Teil gar nicht. Nur in einem Punkt, im Widersprechen gegen die Entscheidungen des Schiedsrichters und im unfairen und unsportlichen Spiel waren sie den Berlinern weit überlegen. Das erste Tor erzielte Nürnberg durch Strafstoß schon sechs Minuten nach Anfang. Als dann zwanzig Minuten vor Schluß durch Schrägschuß der Linksaußen Nürnberg das zweite Tor errang, war das Schicksal der Hertha-Mannschaft besiegelt.

Diener Punktsieger über Breitensträter.

Bei den Boxkämpfen des Punching-Klubs in Hamburg am gestrigen Sonntag traten im Hauptkampf Diener und Breitensträter in den Ring. Diener vermochte einen Punktsieg über Breitensträter, der sich übrigens in guter Form befand, zu erringen. Ungefähr 9000 bis 10 000 Menschen hatten sich auf dem Viktoria-Sportplatz, wo der Kampf stattfand, eingefunden. Die Rahmenkämpfe brachten ein Treffen Eugen Kündig—Piets Hobbin ein Unentschieden, während der Hamburger Sahm Punktsieger über den Neger Joe Ralph wurde. Der Kampf Benett—Haymann konnte der Münchener überlegen gewinnen.

Rennen zu Hoppegarten am Sonntag, dem 12. Juni.

1. Rennen: 1. Sea Lord (O. Schmidt); 2. Limanova; 3. Ruwenzori. Toto: 31 : 10. Platz: 16, 12 : 10. Ferner liefen: Ordenskanzler, Altterluft, Portland.

2. Rennen: 1. Andez (O. Schmidt); 2. Gawan; 3. St. Robert. Toto: 14 : 10. Platz: 10, 11, 12 : 10. Ferner liefen: Skalde, Abelan, Lieblos, Frithjof II.

3. Rennen: 1. Frohsinn (Hannes); 2. Fockenbach; 3. Fürst Emmo. Toto: 57 : 10. Platz: 21, 48, 28 : 10. Ferner liefen: Indigo, Nicotin, Baba, Ludwig Thoma, Maifahrt, Kronos, Fermosus, Stolzenfels, Patrizier, Rheinwein, Rosanera.

4. Rennen: 1. Libertas (Grabsch); 2. Grafenkrone, 3. Waldprinzessin. Toto: 39 : 10. Platz: 16, 17, 27 : 10. Ferner liefen: Burgdeckl, Madam Pompadour, Maidi, Felsenfest, Das Lied, Varsita, Heuschrecke, Athanasie, Christinchen, Fredigunde, Lahneck, Augenweide.

5. Rennen: 1. Olympier (O. Schmidt); 2. Panier; 3. Gelbnot. Toto: 28 : 10. Platz: 17, 18 : 10. Ferner liefen: Cardinal II, Heidjer, Carabach (angeh.)

6. Rennen: 1. Rostra (Grabsch); 2. Mulatte; 3. Musio. Toto: 25 : 10. Platz: 16, 19 : 10. Ferner liefen: Mission, Reichstag, Altpreuße.

7. Rennen: 1. Mallorka (O. Schmidt); 2. Randglosse; 3. Dueno. Toto: 18 : 10. Platz: 11, 12, 16 : 10. Ferner liefen: Minnelieb, Pumpernickel, Rubico, Polonaise, Rheinsonne, Spekulation.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Prenzlauer Berg: Kameraden, die nach Frankfurt a. d. O. mitfahren, melden sich sofort bei ihren Kameradschaftsführern. — **Montag, 13. Juni. Friedrichshain**, 3. Sektion: Sitzung 19½ Uhr bei Bombe, Voigtstraße 25. 4. Sektion: Versammlung 19½ Uhr bei Kusch, Tilsiter Str. 27. **Neukölln.** 1. Kameradschaft, 1. Zug: 19½ Uhr Zugversammlung im Lokal Grommeck, Sanderstr. 10. 3. Zug: 19½ Uhr Zugversammlung im Lokal von Emsiedel, Kaiser-Friedrich-, Ecke Jansastraße. **Neukölln-Britz:** 18½ Uhr Abmarsch Hermann-, Ecke Kniesebeckstraße, zur Beerdigung des Kam. Imme. Antreten Pflicht. 5. Kameradschaft: 18 Uhr Spielabend in der Lessingstraße. **Lichtenberg** nebst Untergruppen: 20 Uhr Sitzung der Radfahrer im Vereinsheim „Prälaten", Lichtenberg, Eitel-, Ecke Sophienstraße. **Wilmersdorf:** 20¼ Uhr im Viktoriagarten (großer Saal), Wilhelmsaue, Kreismitgliederversammlung. Anschließend gemütliches Beisammensein. Durch Republikaner eingeführte Gäste willkommen. — **Dienstag, 14. Juni. Mitte.** 6. Kameradschaft: 20 Uhr Versammlung in Carlis Festsälen, Gartenstr. 6. Vortrag des Kameraden Rechtsanwalt Löwe. **Tiergarten.** Kameradschaft Westen: Oeffentliche Versammlung 20 Uhr im Charl.-Lyzeum, Steglitzer Str. 29. Redner: Wolfgang Heine und Dr. Mischler. Vorher, 19—20 Uhr, Platzkonzert, Magdeburger Platz. **Moabit:** Antreten 19 Uhr Kleiner Tiergarten. **Wedding:** 19½ Uhr Kreismitgliederversammlung in der Löwenbrauerei, Hochstr. 2. **Neukölln-Britz.** Radfahrer-Abt.: 20 Uhr Zusammenkunft bei König, Weserstr. 58. Besprechung der Frankfurt-Fahrt, daher Erscheinen aller Radfahrer unbedingt nötig. — **Mittwoch, 15. Juni. Kreuzberg:** 19½ Uhr Versammlung der Jungmannschaft Südosten im Jugendheim Wrangelstraße 128. **Tempelhof:** 20 Uhr Kreisvollversammlung im Birkenwäldchen, Manteuffelstr. 11—12.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage.

Abflug der Ozeanflieger verschoben.

Chamberlin und Levine in Baden-Baden.

In letzter Stunde mußte der Flug Chamberlins und Levines nach München und Wien verschoben werden. Bei der gründlichen Ueberprüfung des Flugzeugs ist festgestellt worden, daß eine **Reparatur an zwei Zylindern des Motors der „Columbia" unbedingt erforderlich** war, weil diese durch den Ozeanflug überanstrengt waren. Zudem war die Wetterlage so schlecht, daß schon dadurch der Erfolg des Fluges in Zweifel gestellt war. So fand sich auf dem Flugplatz Tempelhof Sonntag früh nur eine kleine Gemeinde ein, die unentwegt auf unsere beiden amerikanischen Gäste wartete, da plötzlich das Gerücht verbreitet war, Chamberlin und Levine würden auf einem Flugzeug der Deutschen Lufthansa ihren Flug antreten. Dies bewahrheitete sich aber nicht, und um die zehnte Morgenstunde leerte sich der Flugplatz.

Die Reparaturarbeiten an der Zylinderanlage des historischen Flugzeuges werden fortgesetzt. Spätestens in zwei Tagen soll alles in Ordnung sein. Amüsant war die veränderte Bemalung der „Columbia": Statt der alten innerameriканischen Aufschrift las man jetzt: **New York—Berlin—Kottbus.**

Die Flieger haben sich gestern nach Baden-Baden begeben, da sie nach den Anstrengungen des Ozeanfluges und den unaufhörlichen Berliner Feierlichkeiten dringend einer Ausspannung bedürfen.

Entgegen anders lautenden Meldungen ist es sicher, daß die beiden Amerikaner doch nach Wien fliegen werden. Nach den bisherigen Dispositionen werden sie am Sonnabend morgen in Tempelhof starten und nach München fliegen. Dort dürfte übernachtet werden, so daß die Ankunft in Wien für Sonntag mittag zu erwarten ist.

Dauergärten eine Lebensfrage Berlins.

Kleingärtner-Demonstration im Luftgarten.

Ueber eine halbe Million Berliner Kleingärtner kämpfen um ihre Scholle! Mit unendlich viel Liebe und Mühe haben sie sich in langen Jahren ihr kleines Stückchen Land bebaut, mit ihren geringen Mitteln notdürftig das geschaffen, was zum Lebensunterhalt dringend notwendig ist. Eines schönen Tages will man sie dann einfach wegjagen, all das mühsam Geschaffene vernichten, um irgendeinem Sport- und Spielplatz Raum zu geben.

Der Provinzialverband Groß-Berlin im Reichsverband der Kleingartenvereine hatte seine Mitglieder zu einer Protestkundgebung nach dem Lustgarten aufgerufen. Trotz des schlechten Wetters hatte sich die ungeheure Masse all dieser um ihre Kleingärten Besorgten — ungefähr 20 000 an der Zahl — eingefunden. Aus allen Stadtteilen kamen die Züge und auf den mitgeführten Schildern waren ihre Forderungen zu lesen. Die Versammlungsredner führten aus, daß in Berlin ungefähr 13 000 Kleingärten bestehen, die 546 000 Menschen Heimat und gleichzeitig Erholung gewährten, wofür die Stadt eine jährliche Pacht von 1¼ Millionen Mark erhält. In Berlin gebe es noch über 10 Millionen Quadratmeter unbebauter Wohnflächen, gar nicht zu reden von den zahlreichen Baulücken in den einzelnen Vororten. Wenn man jetzt 1400 Kilometer neue Straßen anlegt, unzählige Sport- und Spielplätze schafft und aus diesem Grunde die Kleingärtner aus ihrem Besitz vertreibt, würde sich dies große Unrecht dadurch rächen, daß man künftig mehr Geld für Krankenhäuser und andere Heilanstalten werde aufbringen müssen. Die Frage der Dauergärten sei vom volksgesundheitlichen Standpunkt eine Lebensfrage Berlins.

In einer Resolution wurde der Magistrat Berlin aufgefordert, das Ortsgesetz über die Heimstättengebiete baldigst zu verabschieden und genügend städtisches Land für Kleingärten zur Verfügung zu stellen. Es müsse Klarheit über die Zukunft der Kleingärten geschaffen werden.

Auf dem Bürgersteig totgefahren.

Wieder in der Oranienstraße.

Wie wir mitteilten, fuhr am Sonnabend in der Oranienstraße eine Kraftdroschke auf den Bürgersteig und verletzte dabei einen Passanten tödlich. Gestern nachmittag kurz vor ½3 Uhr ereignete sich an der Ecke Oranien- und Adalbertstraße ein ähnlicher schwerer Unfall. Der Führer einer vom Moritzplatz kommenden Kraftdroschke mußte an der Straßenkreuzung plötzlich scharf bremsen. Der Wagen geriet auf dem schlüpfrigen Straßenpflaster ins Schleudern, raste über den Bürgersteig und fuhr schließlich in die Schaufensterscheibe eines Schuhwarengeschäftes hinein. Drei Straßenpassanten wurden von der Kraftdroschke erfaßt. Während zwei von ihnen mit leichten Verletzungen davonkamen, wurde der 22jährige Kaufmann Herbert Michael aus der Adalbertstraße 18 so unglücklich zwischen Wagen und Schaufenster eingequetscht, daß er schwere innere Verletzungen und Knochenbrüche davontrug. M. wurde durch das Städtische Rettungsamt in das Bethanienkrankenhaus gebracht, wo er nach der Einlieferung an den Folgen seiner Verletzungen starb. Die beiden anderen Verunglückten konnten nach Behandlung auf der nächsten Rettungsstelle und Anlegung von Notverbänden in ihre Wohnungen entlassen werden. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Gefährlicher Wohnungsbrand.

Am Sonntag abend, kurz nach 9 Uhr, wurde die Feuerwehr nach der Charlottenstraße 27 alarmiert, wo in einer im ersten Stockwerk des Quergebäudes gelegenen Wohnung Feuer ausgebrochen war. Zwei fünf- und siebenjährige Kinder des abwesenden Wohnungsinhabers gerieten in ernste Erstickungsgefahr. Auf die gellenden Hilferufe eilten Hausbewohner herbei und schlugen die Türfüllung ein. Es gelang beide Kinder glücklich ins Freie zu bringen. Das Feuer konnte nach kurzer Zeit gelöscht werden.

Vier Löschzüge der Feuerwehr wurden heute früh kurz vor 8 Uhr nach dem Doppelschulgrundstück Spreestraße 27/29 zu Charlottenburg gerufen. Ein Teil des Dachstuhles stand in hellen Flammen. Es gelang das Feuer zu lokalisieren, bevor es größere Ausdehnung annehmen konnte. Nach über zweistündiger Tätigkeit verließ der letzte Löschzug die Brandstätte. Das Feuer ist vermutlich durch Unvorsichtigkeit entstanden. Auf dem Dach werden Reparaturarbeiten vorgenommen, wobei Teer überkochte, der das Dachgebälk in Brand setzte. Die starke Rauchentwicklung, die zuerst ein Großfeuer vermuten ließ, hatte eine große Zuschauermenge angelockt.

Zusammenschluß der Eheberatungsstellen.

Ein wichtiger Schritt zu ihrer Weiterentwicklung.

Die Eheberatungsstellen haben sich in kurzer Zeit rasch gemehrt. Schon kann an einen Zusammenschluß deutscher Eheberatungsstellen gedacht werden, der die Möglichkeit eines gegenseitigen Austausches von Erfahrungen schaffen soll. Berlin übernimmt dabei die Führung. Leiter deutscher Eheberatungsstellen und andere auf diesem Gebiet arbeitende Persönlichkeiten waren im Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin am Sonntag zusammengekommen, um die Frage einer zusammenfassenden Vereinigung zu erörtern. Vertreter von Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden nahmen an der Tagung teil.

Der Berliner Stadtmedizinalrat Prof. Dr. v. Drigalski, Vorsitzender des vorbereitenden Ausschusses, leitete die Besprechung ein mit einem Rückblick auf die erfreuliche Entwicklung der Eheberatungsstellen in Deutschland. Eine angenehme Ueberraschung sei gewesen, daß auch der preußische Wohlfahrtsminister sich den Förderern anschloß und in einem Erlaß die Eheberatungsstellen empfahl. Von dem Berliner Stadtarzt Dr. Korach (Prenzlauer Berg), der als erster in Berlin auf Einrichtung einer kommunalen Eheberatungsstelle gedrängt habe, sei auch die Anregung zu dem jetzt geplanten Zusammenschluß ausgegangen. Prof. v. Drigalski betonte, daß man den bisherigen leichtfertigen Anschauungen über die Fortpflanzung des Menschen ein Ende machen müsse. Die Erfahrungen mit der Eheberatungsstelle in Berlin-Prenzlauer Berg haben bewiesen, wie erfolgreich das Verantwortungsgefühl der Heiratenden und Verheirateten geweckt werden kann. Welchen Schaden z. B. Geschlechtskrankheiten der Eltern dem Nachwuchs bringen, davon habe man besonders in Frauenkreisen bisher keine Ahnung gehabt. Daß den Wert der Eheberatungsstellen auch die Bevölkerung zu schätzen weiß, habe man an der wachsenden Inanspruchnahme sehr bald gesehen.

Dann sprach Stadtarzt Genosse Dr. Korach über Zweck und Ziel des Zusammenschlusses. Unter den jetzt etwa hundert Eheberatungsstellen im Deutschen Reich seien nur wenige, die sich schon auf reiche eigene Erfahrungen stützen können. Unterstützung durch Austausch von Erfahrungen sei notwendig, und für Aufbau und Betrieb der Eheberatungsstellen müsse man bestimmte Grundsätze gewinnen. Es sei z. B. zu wünschen, daß die Eheberatungsstellen ihre Fürsorge nicht auf Heiratende beschränken, sondern (was jetzt noch keineswegs alle Eheberatungsstellen tun) ihren Rat auch Verheirateten geben. Eine Vereinigung von Eheberatungsstellen können auch nachdrücklicher auf Behörden und Gesetzgebung einwirken und die Weiterentwicklung des Werkes der Eheberatung fördern.

Dr. Fetscher-Dresden berichtete über die Eheberatungsstellen Sachsens. In Dresden habe schon 1911 die erste Eheberatungsstelle Deutschlands als private Einrichtung die Arbeit begonnen. Der Redner meint, daß eine Vererbungsvorhersage möglich werden könne. Doch sieht er fürs erste den Hauptwert der Eheberatungsstellen darin, daß sie Schäden verhüten. Dr. Scheumann-Berlin teilte aus der von ihm geleiteten Eheberatungsstelle Prenzlauer Berg mit, daß über zwei Drittel aller Beratungsfälle Heiratende betrafen. Dem verantwortungsbewußten Staatsbürger gebe die Eheberatungsstelle eine Möglichkeit, seine Lebensführung in der Ehe zu regeln. Scheumann hat übrigens bei Ratsuchenden selten beobachtet, daß sie Geburtenbeschränkung wünschten. Viel häufiger war der Wunsch nach dem ihnen bisher versagt gebliebenen Kindersegen. Genosse Dr. Kautsky, Leiter der Eheberatungsstelle Wiens, überbrachte Grüße des Genossen Prof. Dr. Tandler-Wien, als dessen Vertreter er kam. Kautsky konnte feststellen, daß die Wiener Eheberatungsstelle, die Tandler als erste kommunale Eheberatungsstelle Europas einrichtete, seit jetzt fünf Jahren mit glücklichstem Erfolg gearbeitet hat. Er erwähnte die Bemühungen der Gemeinde Wien, die Geschlechtskrankheiten einzudämmen und auch die Eheberatungsstellen hierfür nutzbar zu machen. Der Sozialhygieniker Genosse Prof. Dr. Grotjahn-Berlin nannte die Eheberatungsstellen eine Krönung der sozialen Fürsorge. Zur Frage der Befruchtungsregelung hob er hervor, daß man dabei nicht sogleich an einen geburtenmindernden Einfluß der Eheberatungsstellen zu denken brauche.

In der weiteren Erörterung, an der sich noch mehrere Redner beteiligten, vertrat Dr. Kaufmann-Hamburg den Standpunkt, daß die Vereinigung auch die nicht von Aerzten geleiteten Eheberatungsstellen einbeziehen soll, aber die Mehrheit der Tagungsteilnehmer schien anderer Meinung zu sein. Prof. Dr. v. Drigalski erklärte, daß es sich um den Zusammenschluß nur der von den Kommunen eingerichteten öffentlichen Eheberatungsstellen handle, die sämtlich von Aerzten geleitet werden. Es wurde dann die Gründung einer freien Vereinigung öffentlicher Eheberatungsstellen beschlossen und der vorbereitende Ausschuß als einstweiliger Vorstand mit der Geschäftsführung betraut. Diesem Vorstand gehören an Prof. Dr. v. Drigalski, Dr. Korach, Dr. Scheumann, Stadtobermedizinalrat Dr. Poetter-Leipzig, Prof. Dr. Poll-Hamburg, Dr. Fetscher-Dresden und andere.

„Rot Front" und Stahlhelm.

Zu schweren Ausschreitungen zwischen Roten Frontkämpfern und Stahlhelmern kam es gestern abend auf dem Vorplatz des Bahnhofs Wustermark. Die Gegner hieben mit Messern, Schlagringen usw. aufeinander ein. Bald lagen mehrere Personen blutüberströmt am Boden. Zwei Stahlhelmer sollen Messerstiche davongetragen haben, so daß sich ihre Ueberführung in das Krankenhaus als notwendig erwies. Der Polizei gelang es, die Ruhe wieder herzustellen, es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Auf der Langen Brücke in Köpenick geriet gestern nacht gegen ½2 Uhr ein größerer Trupp Stahlhelmer, der von einer Feier heimkehrte, mit Roten Frontkämpfern in ein Handgemenge. Der 31jährige Arbeiter Bruno G. aus Köpenick, der dem RFB. angehört, erlitt Verletzungen im Gesicht. Ein 32jähriger Rudolf M., ebenfalls aus Köpenick, der vorgibt, parteilos zu sein, wurde derart geschlagen, daß er bewußtlos zu Boden sank. Die Rädelsführer, zwei Stahlhelmer und ein RFB.-Mann, wurden zwangsgestellt und der Abteilung Ia im Polizeipräsidium zugeführt.

Historische Maskerade in Spandau.

Zur Premiere der Freilichtbühne des Bezirksamtes Spandau am Sonntag gab es auch eine richtige Schauspielpremiere. Der Dichter Diederich Röhling, den nationalen Kreisen bestens bekannt durch sein Stück „Hie Zollern allzeit", hat abermals ein Hohenzollern-Stück gedichtet, das der Uraufführung im Freilichttheater in Spandau für wert befunden wurde. Seit Ernst v. Wildenbruch (Wuotan hab ihn selig!), Eberhard König und insbesondere Josef Lauff weiß man ja, wie solche Stücke „gedichtet" werden. Natürlich auch diesmal ein Hohenzollern-Schauspiel. Joachim der Zweite, von dem das Wort stammt: „Es ist wahrhaft fürstlich, allen wohlzutun", erstand von den ergriffenen Zuschauern in aller Pracht seiner Kurwürde. Indessen tat er sich selber zuerst wohl, indem er sich, als seine rechtmäßige Gattin durch einen Sturz zum Krüppel geworden, in der Ehefrau des Geschützgießers Dietrich in Spandau einen hübschen Beitschatz zulegte. Drob Entrüstung beim Kurprinzen Johann Georg und der armen Mutter. Sohn gegen Vater, Frau gegen Mann. Aber wen interessieren heute noch die hohenzollernschen Seitensprünge und Familiensorgen von vor 400 Jahren, selbst wenn es ein Stückchen pikanter Historie ist. Den Freunden der Dynastie wurde denn auch zum Schluß die Genugtuung, daß der Nachfolger Johann Georg die schöne Gießerin von einem femehaft Vermummten abführen und im Schloß Grunewald einmauern ließ, allwo ihr Gerippe heute noch hinter Mauern versteckt sein soll. Von diesem netten Johann Georg stammt der schöne Sinnspruch: Gerecht und milde! Außerdem stellte uns Herr Röhling Johann Georg als waschechten Antisemiten vor, und die Spandauer Spießer wälzen sich vor Lachen, als er den Hofjuden seines Vaters, Lippold, ausschmierte. Otz Tollen (Joachim II.), Gertrud Gerlach-Jacoby (Kurfürstin), Robert Aßmann (Kurprinz), Elfriede Binder (Gießerin) und Georg John (Lippold), mühten sich mit Ernst und Eifer um dieses „historische Schauspiel in fünf Akten". Die schöne Waldbühne will aber anders als historische Maskerade, will Tanz, Spiel und Kurzweil, Schelmenstücke von Hans Sachs, Rüpelszenen aus „Sommernachtstraum", und Waldschreck und Rautendelein aus der „Versunkenen Glocke". Man soll, bei sinkendem Abend und mit Fackeln, dieser Bühne die Romantik geben, die ihr gebührt, und uns mit verstaubten Ritterdramen verschonen.

Die achtzehnjährige Lustmörderin.

Prozeßbeginn gegen Käte Hagedorn in Duisburg.

Heute nachmittag findet in Duisburg der Prozeß gegen die Doppelmörderin Käte Hagedorn seinen Anfang. Der Prozeß ist deshalb von besonderem Interesse, da das erst achtzehnjährige Mädchen vielleicht die erste Lustmörderin der Kriminalgeschichte ist und die Urteile der Sachverständigen weit auseinanderklaffen. Es war am 24. Juni 1926, als ein Duisburger Arbeiter mit Frau und Kind einen Ausflug in die waldige Umgegend der Stadt machte. Plötzlich sieht er, wie ein junges Mädchen mit einer blauen Jacke über dem Arm mit allen Zeichen von Erregung und Nervosität zum nahen Dickelsbach eilt. Er geht, mißtrauisch geworden, dem Mädchen nach und findet zu seinem Entsetzen zwei Kinderleichen, die nur dürftig mit Gras bedeckt sind. Ein Knabe, ein Mädchen! Die Hals- und Pulsadern sind mit einer Nähschere durchschnitten. Anzeige erfolgt.

Käte Hagedorn aber ist inzwischen in die Badeanstalt gegangen, wo sie ihre Kleider vom Blut gereinigt hat. Ruhig ist sie dann zu Hause angekommen und steht hinter dem väterlichen Ladentisch. Ja, unter Tränen tröstet sie die Großmutter des ermordeten Knaben und beschuldigt einen Hausbewohner. Aber die blaue Jacke wird zum Verhängnis: Als sie von der Aussage des Duisburger Arbeiters erfährt, flieht sie im Auto ohne einen Pfennig Geld. Einen Chauffeur betrügt sie, beim zweiten kommt sie nicht durch! In einem Kellerraum findet man sie, und sie wird identifiziert und verhaftet. Nach vielem Leugnen gesteht sie.

Die Sachverständigen stehen vor einem Rätsel. Käte Hagedorn galt in Duisburg als ordentliches Mädchen, das Männern gegenüber zurückhaltend und sehr kinderlieb war. Dr. Magnus Hirschfeld, der zum Prozeß geladen ist, schließt auf einen Sexualrausch und meint, daß die Hagedorn im Augenblick des Mordes wirklich nicht wußte, was sie tat. Der Psychiater der Irrenanstalt, in die sie zur Beobachtung geschickt war, behauptet das Gegenteil und hält sie für voll verantwortlich. Sie selbst gibt sich kokett und phantastisch, vergleicht sich mit Harmann, Landru und Denke und schwärmt für Bühne und Film. Ja, sie versteigt sich zu dem unverständlichen Wort: „Ich bin die jüngste Doppelmörderin!"

Es ist wahrscheinlich, daß für den größten Teil des Prozesses die Oeffentlichkeit ausgeschlossen wird.

Gasexplosion auf der Gute Hoffnungshütte.

Oberhausen, 13. Juni. (WTB.) Durch eine gestern früh gegen 5 Uhr auf bisher ungeklärte Weise erfolgte Gasexplosion in der Kaltluftleitung auf Ofen 6 der Gute Hoffnungshütte wurden größere Zerstörungen an den Windleitungen und den Gebläseteilen einer Gebläsemaschine auf der Eisenhütte 1 angerichtet. Durch die bei der Explosion weggeschleuderten Eisenteile sowie durch die dabei aufgetretene Stichflamme wurden elf in der Nähe beschäftigte Arbeiter verletzt und teilweise verbrannt. Neun davon fanden Aufnahme im Krankenhaus, wo einer der Verletzten am Abend starb. Die erforderlichen Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten sind im Gange. Die Ermittelungen wurden eingeleitet.

Wildau, Kreis Teltow. Trotz Wechsels des Oekonoms des Kasinos in Wildau bleibt das Lokal entgegen der Behauptung des neuen Wirtes auch weiterhin für die organisierte Arbeiterschaft gesperrt.

Bergmann
über 70 Filialen in Großberlin

färbt wäscht reinigt
Denken Sie an Garderobe u. Wäsche zur Reise

Städtische Oper
Charlottenburg
8 Uhr:
Tiefland
Abonn.-Turnus II

Deutsches Theater
Norden 10334—37
8 U. Ende 10½ U.
Der Hexer

Kammerspiele
Norden 10334—37
8¼ Uhr. Ende 10 U.
Papiermühle
Lustspiel von Georg Kaiser

Die Komödie
Bismarck 2414/7516
8¼ Ende nach 10 Uhr
Der Snob

Walhalla-Theat.
Werbelage!
Täglich 8¼ Uhr:
Die von der Liebe leben!
Jugendliche haben Zutritt!
Vorzeiger zahlt Parkett statt 4 Mk. nur 1 Mk.

Metropol-Theat.
Täglich 8¼ Uhr
Glück in der Liebe

Thalia-Theater
8 Uhr:
Wenn der junge Wein blüht

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
3 und 8 Uhr:
Ein Sommernachtstraum.
Morgen 8 Uhr:
Ein Sommernachtstraum.

TE. am Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Jan der Wunderbare

ERIK CHARELL BRINGT:
Tägl. 8 U. Letzte 4 Vorstellg.
Wie einst im Mai
Paul Westermeier, Lucie Mannheim a. G., Ehart-Hart, Döblin, Kupfer u. a.
GROSSES SCHAUSPIELHAUS

Reichshallen-Theater
Allabendlich 8 Uhr:
Stettiner Sänger
Dönhoff-Brett'l:
Varieté, Konzert, Tanz

CASINO-THEATER 8 Uhr:
Nur noch wenige Aufführungen!
Der Fehltritt einer Frau.
Gutschein: Faut. 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

WINTERGARTEN
Im Rahmen des neuen
Varieté-Spielplans
DAGMA
das ungelöste Rätsel.
Rauchen gestattet!

Berliner Yik-Trio
Neukölln. Lahnstr. 74/75 L

Statistik!

Unbegreifliche Angriffe einer Firma X geben uns Veranlassung, die Ergebnisse der bisherigen Straßen-Rennen statistisch darzustellen:

	SIEGER	II.	III.	IV.	
Berlin-Cottbus-Berlin	OPEL	OPEL	OPEL	MARKE M	Opel mit 10 Minuten Vorsprung! Nur 1 X-Fahrer platziert.
Rund um München	OPEL	MARKE M	OPEL	MARKE M	Kein X-Fahrer angekommen!
Rund um das Ruhrgebiet	OPEL	OPEL	X	OPEL	1 X-Fahrer unter 4 Opelfahrern!
Rund um Frankfurt	X	OPEL	MARKE M	OPEL	
Rund um Köln	OPEL	OPEL	OPEL	X	1 X-Fahrer unter 6 Opelfahrern!
Harzrundfahrt	OPEL	OPEL	OPEL	OPEL	Opel mit 7 Minuten Vorsprung! 1 X-Fahrer unter 7 Opelfahrern.
Hannover-Hamburg	OPEL	OPEL	OPEL	OPEL	Opel mit 4 Minuten Vorsprung! Nur 1 X-Fahrer platziert.

Unser neuerlicher Erfolg

in **„Rund um Leipzig" (4 Opelfahrer auf den ersten 4 Plätzen)**, gab einer lokalen Instanz Veranlassung, unter **Mißachtung der überaus klaren Wettfahrt-Bestimmungen** eine **Massendisqualifikation** der Sieger auszusprechen. — Bevor der Sportausschuß des B. D. R., der sich zur Zeit mit dieser Angelegenheit befaßt, als oberste Instanz sein allein maßgebliches Urteil gefällt hat, werden wir uns im Interesse des Radsports jeder Veröffentlichung enthalten.

ADAM OPEL · RÜSSELSHEIM AM

Wer probt, der lobt! Vorzügliche Natur-**Butter 1.50** und 1.60 pro Pfund. **Wegner, Berlin SO** Mariannenstraße 34

DiN

Juergens
Alexanderplatz

Pumpen, Röhren, Filter, Ersatzteile
Preisliste gratis
Koblank & Co.,
Pumpenfabrik
Berlin N 65, Reinickendorfer Str. 95

Blumenspenden
jeder Art
liefert preiswert
Paul Golletz,
vorm. Robert Meyer
Mariannenstraße 3, Ecke Naunynstraße
Amt Moritzpl. 100 03.

Sinalco mundet Kindern gut, läßt klären Kopf und auch das Blut.

Sinalco ist nahrhaft, erfrischend, bekömmlich, da aus bestem Zucker und naturreinen Fruchtaromen hergestellt.
Überall zu haben
Generalvertrieb **Starke & Krüger G.m.b.H.,** Landsberger Allee 6—7. Telephon Alexander 470 3. Königstadt 1666.

Diät, die Ursache jugendlichen Alters.
Fettsucht geht nach volkstümlicher Ansicht mit Neigung zum Schlagfuß einher. Es ist in der Tat kein Zufall, daß starke Körper einen hohen Blutdruck aufweisen. Was könnte es daher besseres geben, als die frische Frucht, die den Körper schlank erhält, sein Fett abbaut und die Trägheit der Verdauung schnell belebt. Eine starke Zirkulation der Säfte ist die Folge des regelmäßigen Genusses frischer Früchte und damit die Ursache hohen Alters bei gesundem Körper.

Esst mehr Früchte,
und Ihr bleibt gesund!
Täglicher Genuß frischer Früchte ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit. Frische Früchte gibt es zu jeder Jahreszeit.
Das Fruchtkochbuch ist zum Preise von 25 Pfg. in allen Buchhandlungen zu haben.

Quedlinburg
die alte schöne Stadt
Kostenlose Auskunft d. Verkehrsamt.

Konkurrenzlos!!!
Metallbetten . . . . . 10.50 an
mit Polsterauflagen . . 20.— „
Sofa . . . . . 50.— „
Schlaf-Chaiselongues . . 24.— „
Chaiselongue-Decken . . 7.— „
Wandbehänge . . . . . 3.— „
Patentmatratzen . . . . 9.— „
Freisendung! Ratenzahlung!
Göhr, Berlin, Pappelallee 12
Pankow, Schmidtstr. 1.

FASAN
EINHEITSPREISE
Marke Fasan . . Mk. 12.50
Marke Silberfasan Mk. 16.50
Marke Goldfasan Mk. 19.50
Fasan-Schuhe gelten unter Kennern als die preiswürdigsten Erzeugnisse der gesamten Schuhindustrie.
Verkaufsstellen:
Berlin O, Warschauer Str. 31, Ecke Revaler Straße
Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 20

Verkäufe

Leiterwagen, Schubkarren, Einzelräder, Achsen, Federn, Sensen, Sicheln. Fabrik Dresdenerstraße 55. Moritzplatz 12 738.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Gabardinemäntel, Gummimäntel, Cutaway-Anzüge, Taillenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig. Halpern, Rosenthalerstraße 4, erste Etage.

Verleih von hocheleganten Gesellschaftsanzügen. Rosenthalerstraße 4, Norden 6393.

Von Kavalieren wenig getragene sowie neue Herrengarderobe verkauft spottbillig Leihhaus Friedrichstraße 2. Keine Lombardware.

Möbel

Patentmatratzen „Primissima", Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn, Spezialgeschäft.

Musikinstrumente

Anzahlungsfrei. Pianoabzahlung, gebrauchte 375.—. Herz, Prinzenstraße 90 (Moritzplatz).

Konzertpiano, Flügelton, verkauft billig, eventuell Zahlungserleichterung. Pianofabrik Steinmeyer, Friedrichstr. 18, Vorderhaus 2 Treppen.

Linkpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 35.

Fahrräder

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum, Linienstraße neunzehn.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze Christiomat, Köpenickerstraße 39 (Adalbertstraße).

„Vorwärts"-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme

Hauptexpedition: Berlin, Lindenstraße 3, Laden. Dönhoff 292—297.
*Zentrum: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. Nord. 121 35.
„ Neumann, Grünstr. 21 (Ausgabe: Kleine Kurstr. 4a).
„ Walter, Wwe., Kronenstr. 2.
Westen: Steglitzer Str. 37, Ecke Magdeburger Straße.
*Süden: Parwalbstr. 47, a. d. Gneisenaustraße. Hasenheide 6918.
„ Prinzenstr. 31, Hof rechts parterre.
*Osten: Markusstr. 36. Alex. 9735.
„ Petersburger Platz 4. Alex. 9734.
*Südosten: Lausitzer Platz 14/15. Mpl. 894.
*Nordosten: Immanuelkirchstr. 24. Alex. 9736.
„ Carmen-Sylva-Str. 57, Gillmann.
*Moabit: Wilhelmshavener Str. 48. Hansa 4095.
„ Huttenstr. 67, bei Bitterling.
*Wedding: Müllerstr. 34, Ecke Utrechter Str. Hansa 4094.
*Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Waitstr. 9. Humboldt 7875.
*Gesundbrunnen: Bastianstr. 7. Humboldt 7874.
*Schönhauser Vorstadt: Greifenhagener Str. 22. Humboldt 7805.
Adlershof: Frau Walter, Genossenschaftsstr. 6, part.
Alt-Glienicke: Frau Rocka, Wendenstr. 34.
*Baumschulenweg: Strahl, Kiefholzstr. 179. Oberschöneweide 1073.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönbrück, Karow und Buch: Heinrich Brose, Bernau, Mühlenstr. 5.
Bergfelde: Tilch, Hohenneuendorfer Straße.
Biesdorf-Nord: W. Tanneberg, Viktoriastr. 11.
Biesdorf-Süd: Georg Winkler, Fortuna-Allee 40.
Birkenwerder: Frau Zoor, Berkfelder Str. 6.
Bohnsdorf: Karl Kuske, Eichbuschstr. 9.
Borgsdorf: Oswald Börner, Siedl. Borgsdorf 36.
Borsigwalde: Gebauer, Schubertstr. 32, v. 3 Tr.
*Buchholz-Blankenburg: Wagner, Burgwallstraße 63. Pankow 333.
Cablow, Neue Mühle: Jäkel, Cablow, Mühlenweg 59.
Caputh: Fritz Dau, Krughofstr. 23.
Charlottenburg I: Sesenheimer Str. 1. Steinpl. 4156.
*Charlottenburg II: Eisfeld, Tauroggener Str. 11. Wilhelm 7798.
*Charlottenburg III: Joachimt, Kaiserdamm 95, Eingang Knobelsdorffstraße. Westend 3154.
Charlottenburg IV: Pusenick, Augsburger Str. 47, Portier.
Charlottenburg V: Schulz, Droysenstr. 12, I. Gartenhaus 3 Tr.
Charlottenburg VI: Treptow, Kantstr. 128, Laden, geöffnet 2—6 Uhr.
Dahlem: Walter Hohls, Dahlem, Provinzialchaussee.
Döberitz: Dittfeld, Buchhandlung am Bahnhof.
Eichwalde: Hans Düll, Waldstr. 24/27, Siedl. DBB.
Erkner: Poike, Flakenstr. 9.
Fichtenau: Kraeßke, Bismarckstr. 1.
Falkenberg: Salzmann, Falkenberg, Gartenstadtstraße 10.
Fredersdorf-Petershagen: Otto Wilinski, Fredersdorf, Arndtstraße.
Friedenau: Petermann, Rheinstr. 28 Ecke Rönnebergstraße. Rheingau 9054 und 3027 und Wilmersdorf, Lauenburger Str. 23, Laden.
Friedrichshagen: Mittenzwei, Lindenallee 14.
Frohnau: Adolf Jurlies, Hermsdorf, Schloßstr. 8.
Glienicke a. d. Nordbahn: Willi Engler, Hohenzollernallee 208.
Grünwalde: Mühlbach, Fichtenau, Mittelstr. 14.
Grünau: Pfützner, Köpenicker Str. 105.
Halensee, Grunewald, Eichkamp: Frau Noack, Kiosk Henriettenplatz. Privatwohnung: Katharinenstr. 4.
Heinersdorf: Schulz, Hildestr. 28.
Hennigsdorf: Frau Korbasinski, Rathenaustr. 3.
Hermsdorf: Gustav Schley, Moltkestr. 11.
Hohenneuendorf: Frau Neuendorf, Berliner Str. 28.
Hohenschönhausen: Margarete Steffen, Freienwalder Str. 6, Hof 2 Tr.
Hoppegarten: Rausch, Hoppegarten-Birkenstein, Parzelle Nr. 119.
Johannisthal: Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.
Karlshorst: Berndt, Kiosk, Bahnhofsplatz.
Karlsdorf: Bogt, Bredereckstr. 19.
Königswusterhausen: E. Meyer, Potsdamer Str. 9.
Köpenick, Hirschgarten, Mahlsdorf-Süd: Schlag, Köpenick, Kietzer Str. 6 (Laden).
*Lichtenberg I: Lichtenberg, Wartenbergstr. 1, Lichtenberg 1536.
*Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: Borhagener Straße 62. Tel.: Andreas 733.
Lichtenberg III, Friedrichsfelde: Frankfurter Allee 185, Laden.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: H. Wenzel, Lankwitz, Zietenstr. 15. Tel.: Lichterfelde G. III Nr. 2703.
*Lichtenrade: Brink, Bahnhofstr. 24a. Lichtenrade 191.
Lichtenrade Ost-West: Frau Jonas, Angermünder Straße 19.
Lichterfelde-West: Höhn, Zehlendorf, Teltower Str. 3. Telephon: Zehlendorf 1853.
Mahlsdorf: Wilhelm Kurz, Hönower Str. 177.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 29.
Marienfelde: Greulich, Berliner Str. 143.
Marzahn: Siedlung der Kinderreichen, Gimperlein, Landsberger Chaussee 39c, Block I, Wohnung 4.
Neuenhagen: Wenzke, Ziegelstr. 71.
*Neukölln I: Neckarstr. 2. Neukölln 5707.
*Neukölln II: Siegfriedstr. 28/29. Neukölln 5706.
Neukölln III: Winkler, Hobrechtstr. 40, v. 1 Tr.
Neukölln-Britz: Mittag, Britz, Chausseestr. 82. Neukölln 2550.
Neu-Schulzendorf: Wilhelm Kuhl, Brunnstr. 77.
Niederschöneweide: Friedrich Stankewitz, Spreestraße 4, v. 3 Tr.
Niederschönhausen-Ost: Frau Goldbach, Schloßallee 45, v. 3 Tr.
Nowawes: Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 10.
Oranienburg: Heinr. Leonhardt, Stralsunder Straße 6.
*Oberschöneweide: Paul, Wilhelminenhofstraße 44a. Oberschöneweide 4321.
Pankow: Kißmann, Mühlenstr. 70.
Potsdam: Gebr. Schubert, Breite Str. 4.
Rahnsdorf: Urbaniak, Rahnsdorf Mühle, Hohenzollernstr. 136.
Reinickendorf-Ost: Wahle, Provinzstraße 56. Geöffnet 2—6.
Reinickendorf-West: Bendt, Scharnweberstr. 114, Volkshaus.
Rosenthal: Max Dehmel, Schillerstr. 13.
Rudow: Otto Kaiser, Waltersdorfer Chaussee.
Rüdersdorf, Kalkberge, Tasdorf: Adolf Goerke, Kalkberge, Rhedenstr. 15.
Sadowa, Karlsdorf-Süd: Henschke, Karlsdorf-Süd, Waldstraße 66.
*Schmargendorf I: Rehab, Breite Str. 3. Pfalzburg 3541.
Schmargendorf II: Frau Schröder, Cunostr. 60.
*Schöneberg: Belziger Str. 27. Stephan 7409.
Senzig: Friedewald, Chausseestr. 54.
Siemensstadt: Stenzel, Brunnenstr. 6, v. 1 Tr.
Steglitz: Frost, Schadenruute 2.
Südende: Ludwig, Halskestr. 36.
Tegel, Tegelort: Spieß, Tegel, Schlieperstr. 52.
Teltow: Häsel, Ritterstr. 29.
Tempelhof: Harsdorf, Werderstr. 31 v. part.
Neutempelhof: Kandler, Hohenzollernkorso 5.
Trebbin: Göring, Bahnhofstr. 62.
*Treptow: Meckelburg, Grätzstr. 50. Mpl. 8042.
Waidmannslust: Rohde, Oranienbaum 10.
Wannsee: Wolter, Glienicker Str. 29.
Weißensee: Reinknecht, Rölckestr. 175, v. 1 Tr. Weißensee 978.
Wildau, Hoherlehme: Rud. Lettow, Hoherlehme, Chausseestr. 66.
Wilmersdorf I: Schubert, Wilhelmsaue 27, Hof I.
Wilmersdorf II: Friedrich Bauer, Paulsbornerstraße 22, I. Stgl. IV.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Schulze, Wilhelmshagen, Wilhelmstr. 31.
Wittenau: Zibell, Hauptstr. 65.
Woltersdorf: Fritz Erdmann, Schleusenstr. 24.
*Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Höhn, Zehlendorf, Teltower Str. 3. Zehlendorf 1853.
Zernsdorf, Niederlehme: Otto Liesegang, Zernsdorf, Aue 18.
Zeuthen, Miersdorf: Alb. Behling, Bahnstr. 2.
Zossen: Witt, Baruther Str. 12.

Sämtliche Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.

Die mit einem * versehenen Ausgabestellen sind nachmittags von 2—6 Uhr unter der angegebenen Nummer telephonisch zu erreichen.